

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ERNST FRAENKEL

Akademische Erziehung und politische Berufe

Vortrag, gehalten anlässlich der Universitätswoche vom 6.—8. Januar in Berlin.

Unsere heutige Diskussion findet vor einem kritischen Publikum statt. Ich könnte mir schon vorstellen, daß unsere Studenten aufmerksam darauf achten, daß ihre Dozenten nicht in den Fehler verfallen, der so häufig bei der Kritik von Übungs-, Seminar- und Examensarbeiten gerügt wird: nämlich daß der Verfasser „das Thema verkannt hat“ oder „von dem Thema abgewichen ist“. Unser Thema lautet: akademische Erziehung und politische Berufe und wir sollten es scharf von einem anderen Problem abgrenzen, das uns nicht minder nahe am Herzen liegt: dem Verhältnis von Universität und politischer Bildung. Um zu vermeiden, daß die Diskussion sich ins Uferlose verliert, schlage ich vor, die Erörterung der Frage auszuschalten, ob und inwieweit die Universität dazu beitragen kann, Kenntnis und Verständnis auf politischem Gebiet all denen zu übermitteln, die beabsichtigen, sich den t r a d i t i o n e l l e n akademischen Berufen zu widmen. Unser heutiges Anliegen ist die akademische Bildung derer, die sich nicht nur in ihrer Eigenschaft als Staatsbürger, sondern hauptamtlich — beruflich — mit Politik zu beschäftigen beabsichtigen.

Ich möchte auch anregen, die Erörterung der Frage, w o dies zu geschehen hat, bei unserer Diskussion auf sich beruhen zu lassen. Es ist für den Unterrichtsbetrieb gewiß wichtig, ob eine etwaige Erziehung zu politischen Berufen an der Universität oder an einer akademischen Spezialhochschule, wie der Hochschule für Politik, oder sowohl an der Universität als auch an der Hochschule vorgenommen werden soll. Im Vergleich zu dem „ob“ und „wie“ einer akademischen Ausbildung zu politischen Berufen ist das „wo“ jedoch von untergeordneter Bedeutung.

Gesetzt, wir gelangen zu dem Ergebnis, daß eine akademische Erziehung für Angehörige politischer Berufe erstrebenswert sei, bleibt noch immer zu erörtern, ob der theoretischen Einsicht in diese Notwendigkeit die praktische Bereitschaft entspricht, dieser Notwendigkeit Rechnung zu tragen. Die Theoretiker unter uns sollten zu der Frage Stellung nehmen, ob diese Bereitschaft auf Seiten der akademischen Unterrichtsstätten, die Praktiker unter uns, ob diese Bereitschaft auf Seiten der Angehörigen der politischen Berufe vorhanden ist. Um unserem Thema gerecht zu werden, sollten wir uns jedoch nicht mit dem wechselseitigen Mißtrauen zwischen Berufspolitikern und Akademikern auseinandersetzen — auch dieses Problem existiert — sondern mit einer engeren Frage: Wir sollten erörtern, ob es angezeigt erscheint, den professionellen Politikern eine Ausbildungsmöglichkeit zur Verfügung zu stellen, die neben — und zum mindesten teilweise an Stelle — derjenigen akademischen Erziehung tritt, die die deutschen Hochschulen traditionsgemäß als geeignete Vorbereitung zur politischen Betätigung angesehen haben:

also vornehmlich dem historischen, juristischen und volkswirtschaftlichen Studium. Von der Soziologie möchte ich in diesem Zusammenhang nur mit einer gewissen Zurückhaltung sprechen. Es besteht in Deutschland kaum eine Tradition für die akademische Ausbildung von Soziologen. Soziologie und Politologie sind Leidensbrüder. Als Vertreter der Wissenschaft von der Politik schaue ich voller Bewunderung und Neid auf die Bemühungen der Vertreter der soziologischen Wissenschaft, für die Soziologie die Anerkennung der Gleichberechtigung mit den traditionellen Wissenschaften zu erhalten. Die Energie, mit der diese Bemühungen unternommen werden, erweckt meine Bewunderung — der mangelnde Erfolg erzeugt keinen Neid.

Das uns gestellte Diskussionsthema gestattet nur insoweit eine Erörterung der theoretischen und methodologischen Grundlagen der Wissenschaft von der Politik als diese Fragen in unmittelbarem Zusammenhang mit der akademischen Erziehung zu Berufen stehen, für die die

INHALT DIESER BEILAGE:

Ernst Fraenkel:

Akademische Erziehung und politische Berufe

Curt Tiltack:

**Die Neuausbreitung des Islams im
20. Jahrhundert (S. 116)**

Wissenschaft von der Politik als geeignete Ausbildungsmöglichkeit in Betracht gezogen werden kann. Unser Anliegen ist die empirische Wertbarkeit, nicht die theoretische Rechtfertigung der Politologie. „Zur Methodik wird nur der getrieben, dem die Empirie lästig wird“, heißt es in Goethes Maximen und Reflexionen. Die sich aus unserem Thema ergebende Selbstbeschränkung bedeutet jedoch keineswegs, daß methodische Probleme als zweitrangig abgetan werden sollten. Ebenso wenig wird übersehen, daß die Wissenschaft von der Politik neben der heute zu behandelnden Fragestellung empirischen Charakters auch eine bedeutende theoretische Funktion im Rahmen des Gesamtsystems der Geisteswissenschaften zu erfüllen hat.

Politik ist die Kunst des Möglichen

Der Widerstand, den manch einer von Ihnen instinktiv gegen den Gedanken einer akademischen Spezialausbildung für politische Berufe empfinden dürfte, kann auf zwei Ursachen zurückgeführt werden: die eine ist in dem Zweifel zu suchen, ob man Politik „lernen“ kann, der anderen liegt das Mißtrauen zugrunde, das gegen den professionellen Politiker generell besteht.

Politik, so lautet das viel zitierte Bismarckwort, ist die Kunst des Möglichen. Die Kennzeichnung der Politik als einer Kunst scheint anzudeuten, daß der wahre Staatsmann sehr viel weniger auf Grund wissenschaftlicher Erkenntnisse als vielmehr im Einklang mit einer künstlerischen Intuition zu handeln hat. Wir müssen uns daher mit dem Einwand auseinandersetzen, daß eine akademische Erziehung für politische Berufe aus dem doppelten Grunde ungeeignet ist, daß die Ausbildungsmethoden einer Hochschule für die Alltagsarbeit des politischen Routiniers, um es einmal ohne alle Umschweife zu sagen, zu hoch, für die schöpferische Leistung eines Staatsmannes jedoch nicht hoch genug sei.

An diesem Einwand ist zum mindesten so viel richtig, daß keine akademische Erziehung, wie immer sie auch gestaltet sein mag, geeignet ist, Staatsmänner hervorzubringen. Zum Staatsmann ist man ebenso wie zum Künstler geboren. Keine Musikhochschule kann Komponisten ausbilden, vergleichbar mit dem Bemühen einer Handelshochschule oder der volkswirtschaftlichen Fakultät einer Universität, Bücherrevisoren heranzubilden. Dies schließt jedoch nicht aus, daß man an der Musikhochschule Kompositionslehre studieren kann. Ein erfolgreiches Studium der Kompositionslehre allein macht noch keinen Komponisten. Aber niemand kann Komponist werden, der nicht erfolgreich Kompositionslehre studiert hat.

In der Demokratie wird niemand zum leitenden Staatsmann ausgebildet. Der leitende Staatsmann wird in der Demokratie nicht ausgebildet sondern auserwählt. Gerade hierdurch unterscheidet sich die Demokratie von der traditionellen und von der charismatischen Herrschaftsordnung. Die traditionale Herrschaftsordnung hatte ihre Ritterakademien, die charismatische Herrschaftsordnung ihre Ordensburgen. Das demokratische Legitimitätsprinzip schließt den Gedanken, daß an Ritterakademien die „edelsten der Nation“ zu Staatsmännern ausgebildet werden können ebenso aus wie die Vorstellung, daß die „rassistisch wertvollsten Elemente des Volkes“ auf Ordensburgen zu einer Elite abgerichtet werden. Ausgangspunkt unserer Diskussion sollte das „hic et nunc“ der rechtsstaatlichen antitotalitären Demokratie sein, wie sie sich im modernen Verfassungsstaat der westlichen Welt im Verlauf der letzten Jahrzehnte als ein in vielen Abschattierungen bestehender Normaltyp entwickelt hat. Indem wir in den Räumen dieser Freien Universität uns zu dem Gedanken des antitotalitären Staats bekennen, lassen wir keinen Zweifel daran aufkommen, daß wir dem Staatsapparat kein Monopol zur Regelung der geistigen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zugestehen. Da wir alle vorbehaltlos den bestehenden Staat bejahen, sind wir nicht bereit, die Austragung der nun einmal in jeder Gesellschaft unvermeidlichen Machtkämpfe in jene undurchsichtige Sphäre zu verbannen, in der sich Cliquenstreitigkeiten, Diadochenkämpfe und Hofintrigen abzuspielden pflegen. Wir bekennen uns zu der Existenz einer kraft Verfassungsrechts unverbrüchlich geschützten staatsfreien Sphäre und zu dem Axiom, daß die Bildung des Staatswillens abhängen muß von der öffentlichen, freien, echten Auseinandersetzung miteinander konkurrierender autonomer Gruppen, die um die Beeinflussung der politischen Haltung und der politischen Entscheidung des einzelnen Bürgers ringen. Seiner Natur nach ist der antitotalitäre Staat ein pluralistischer Staat. Er ist zugleich bescheidener und anspruchsvoller als sein Widerpart, der totalitäre Staat: bescheidener, weil er von der Annahme ausgeht, daß alle politischen Werte als diesseitige Werte nur eine relative Gültigkeit beanspruchen können, anspruchsvoller, weil er von jedem seiner Bürger die innere Disziplin beansprucht, frei zwischen einer Vielzahl von Entscheidungsmöglichkeiten zu wählen, deren Berechtigung solange unangefochten bleibt, als sich die Träger der um die Verwirklichung ihrer Ziele kämpfenden Gruppen ohne inneren und

äußeren Vorbehalt an die demokratisch rechtsstaatliche Verfassungsordnung gebunden halten.

Mit dieser Feststellung ist aber bereits die Entscheidung vorweggenommen, wie wir den für unsere Diskussion ausschlaggebenden Begriff des politischen Berufs von anderen Berufen abgrenzen sollen. Es wäre unfruchtbar, alle diejenigen Berufe in den Bereich unserer Erörterungen einzubeziehen, die irgendwie mit dem Staat im Zusammenhang stehen, d. h. von dem „polis“ Begriff auszugehen. Wir wollen die seit Jahrzehnten nicht abbrechende Diskussion über die Reform des juristischen Studiums ebenso auf sich beruhen lassen, wie wir generelle Erörterungen über die Ausbildung von Beamten unterlassen sollten. Der Begriff des politischen Berufs muß enger — politischer — gefaßt werden.

Hieraus ergibt sich aber, daß in dem demokratischen Verfassungsstaat der Gegenwart — wenn einmal von der Außenpolitik abgesehen wird — Politik den Konkurrenzkampf autonomer gesellschaftlicher Gruppen um die Gestaltung des Staatswillens darstellt. Dieser Kampf um die Macht findet nicht nur alle vier Jahre aus Anlaß von parlamentarischen Wahlen statt; er manifestiert sich im Parlament in den Auseinandersetzungen zwischen Mehrheit und Opposition, außerhalb des Parlaments in dem Kampf, der sich ohne Unterlaß um die Beeinflussung der öffentlichen Meinung abspielt und sich nicht nur auf politische Fragen im engeren Sinne sondern auf das gesamte Wirtschafts-, Sozial- und Kulturleben erstreckt.

Im demokratischen Verfassungsstaat tritt das „politische“ an der Nahtstelle zwischen Staat und Gesellschaft in Erscheinung. Den autonomen Gruppen — den Parteien, den Gewerkschaften, den Interessenverbänden, Kulturbünden, Frauen- und Jugendvereinigungen und wie sie alle heißen mögen — liegt es ob, gesellschaftlich gebildetes Denken und Wollen in staatliches Handeln zu transponieren und gleichzeitig staatliches Handeln im gesellschaftlichen Bewußtsein lebendig zu machen und zu erhalten. Aufgabe des demokratischen Politikers ist es, gesellschaftliche in staatliche und staatliche in gesellschaftliche Energie zu transformieren. Politik im demokratischen Sinne ist nur möglich, wenn die selbsttätig gebildeten gesellschaftlichen Organisationen nicht nur de jure sondern auch de facto über ausreichende autonome Macht verfügen, um sich gegenüber der Staatsmacht behaupten zu können. Ihre Repräsentanten müssen gegenüber der staatlichen Bürokratie über einen eigenen Wirkungskreis verfügen, eine vom Staat anerkannte Unabhängigkeit besitzen und eine von der Gesellschaft respektierte Würde für sich in Anspruch nehmen können.

Der totalitäre Staat, der die Gesellschaft in den Staat absorbiert, verfügt ebenso wie der antitotalitäre Staat, der den Staat in die Gesellschaft und die Gesellschaft in den Staat integriert, über eine Unzahl von Staatsfunktionären; der eine wie der andere mögen große Staatsmänner produzieren. Der Berufspolitiker ist eine spezifische Erscheinungsform des pluralistischen demokratischen Rechtsstaats.

Dies hängt nicht zuletzt mit der Tatsache zusammen, daß das demokratische Legitimitätsprinzip jede metaphysische Rechtfertigung der staatlichen Herrschaft ausschließt. Der pluralistisch-demokratische Verfassungsstaat ist seinem Wesen nach ein agnostischer Staat. Seine Repräsentanten beanspruchen nicht die Rolle von Priestern einer Staatsreligion. Sie geben nicht vor, die absolute Vernunft zu verkörpern; sie behaupten nicht, daß sie dazu auserkoren seien, die Gesetze der dialektischen Entwicklung zu vollstrecken; sie brüsten sich nicht damit, die Vorsehung zu repräsentieren. Zweifel und Kritik an der Richtigkeit ihrer politischen Entscheidungen sehen sie nicht als Frevel sondern als einen wesensmäßigen und notwendigen Bestandteil des bestehenden Regierungssystems an.

Fairer Wettbewerb

Politische Machtkämpfe sind im demokratischen-pluralistischen Verfassungsstaat nicht mit dem Odium einer Verschwörung belastet. In ihnen manifestiert sich vielmehr die Legitimitätsgrundlage demokratischer Regierungsgewalt. Eine parlamentarisch-demokratische Regierung leitet den Ursprung ihrer Macht aus einem erfolgreichen Wahlkampf, die

Fortdauer ihrer Macht aus einer ständig sich erneuernden Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Opposition ab. Der Bestand des parlamentarisch-demokratischen Rechtsstaats hängt davon ab, daß die um die Staatsmacht ringenden autonomen Gruppen die ungeschriebenen Regeln eines fairen Wettbewerbs respektieren. Versandet die politische Auseinandersetzung in politischem Gezänk, dann gewinnen die Wähler das Gefühl, daß Politik nichts anderes als der Kampf um die Futterkrippe sei und verlieren das Vertrauen in die Demokratie; entartet die politische Auseinandersetzung zur wechselseitigen Diskriminierung als Staats- oder Reichsfeind, wird der anderen Seite die nationale Zuverlässigkeit oder die Verfassungstreue abgesprochen, dann droht der politische Kampf zum Bürgerkrieg zu entarten. Es ist immerhin bezeichnend, daß wir weder ein deutsches Wort für das haben, was man im englischen die „fairness“ einer politischen Auseinandersetzung nennt, noch uns eines deutschen Ausdrucks bedienen, wenn wir von jenen vielfachen im politischen Machtkampf in Erscheinung tretenden sogenannten „pressure groups“ reden. Die deutsche Bildung und Erziehung — und nicht zuletzt das deutsche Universitätswesen — hat sich so stark an dem Sozialideal des Beamten orientiert, daß der Politiker im öffentlichen Bewußtsein in einem schiefen Licht erscheint. Der vielzitierte Satz, daß Politik den Charakter verderbe, ist das Credo des bürokratiegläubigen Untertanenverstandes.

Die Geringschätzung, mit der das Wort „Politiker“ nur allzu häufig in Deutschland verwandt wird, das Mißtrauen, das nur allzu viele gegen den Berufspolitiker empfinden, mag nicht zuletzt darauf zurückzuführen sein, daß der Zusammenhang zwischen demokratischer Selbstregierung und politischem Machtkampf nicht erkannt ist. Wer den Machtkampf der Politiker verachtet, betet das Machtmonopol der Staats- oder Parteibürokratien an. Wer sich über Politik als Kampf um die Macht erhaben dünkt, beweist lediglich, daß er für die Demokratie nicht reif ist. Manch einer, der über den demokratischen Berufspolitiker die Nase rümpft, ahnt gar nicht, daß seine Vorurteile von denen ausgenützt werden, die die Herrschaft des Funktionärs errichten wollen oder sich nach der Führung der Gauleiter zurücksehnen. Es sollte einmal wissenschaftlich untersucht werden, welchen Anteil die im trauten Verein betriebene kommunistisch-faschistische Hetze gegen das angebliche Bonzenregime der Weimarer Republik und ihrer autonomen Organisationen an dem Zusammenbruch der ersten deutschen Republik gehabt hat. Dies bedeutet natürlich nicht, daß Mißstände, die sich aus dem Phänomen einer beruflich betriebenen Politik ergeben, verteidigt oder entschuldigt werden sollten; sie sind wie alle Erscheinungsformen der Demokratie der freien Kritik unterworfen. Es bedeutet lediglich eine Absage an den gerade in akademischen Kreisen so weit verbreiteten Hochmut gegenüber dem Berufspolitiker — eine Absage, die auf Grund der Erfahrungen aus der Zeit vor 1933 auf die Einsicht gegründet ist, daß Hochmut vor dem Fall kommt. Im demokratischen Massenstaat ist der Berufspolitiker, gleichgültig, ob wir ihn als Individuum lieben oder nicht, mehr als eine Realität, mit der wir zu rechnen haben: er ist für das Funktionieren der pluralistischen rechtsstaatlichen Massendemokratie ebenso unentbehrlich wie er in jedem anderen Herrschaftssystem unvorstellbar ist. Und so gelangen wir zu dem Ergebnis, daß in der echten Demokratie im Gegensatz zu allen nichtdemokratischen Herrschaftsformen eine Spezialausbildung zum Staatsmann undurchführbar und eine Spezialausbildung zum Politiker unentbehrlich ist.

Im autoritären und totalitären Staat wird der Prozeß der Gestaltung politischer Entscheidungen ideologisch verbrämt. Autoritäre und totalitäre Staaten behandeln die Kunst des Regierens als ein arcanum imperii. In ihnen wird die öffentliche Meinung entweder ignoriert oder mit Hilfe der Propaganda dirigiert. Eine funktionierende Demokratie erfordert, daß der Prozeß der Gestaltung politischer Entscheidungen öffentlich kontrolliert wird. Kontrolle der Regierung durch die öffentliche Meinung setzt eine systematische Analyse der einzelnen Phasen des Prozesses der politischen Entscheidungsbildung voraus. Die methodisch und wissenschaftlich betriebene Erforschung dieses Prozesses, die Schulung zum Verständnis der Bestimmungsgründe und Auswirkungen politischer Entscheidungen, d. h. aber die Wissenschaft von der Politik ist in einer funktionierenden Demo-

kratie ebenso unentbehrlich wie sie außerhalb eines demokratischen Herrschaftssystems erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht wird. Die Wissenschaft von der Politik ist die demokratische Wissenschaft par excellence. Die Demokratie ist nicht nur die komplizierteste, sie ist auch die gefährdetste aller Regierungsmethoden. Ihr Funktionieren setzt mehr voraus als die Korrektheit einer juristisch ausgebildeten Fachbürokratie und die Sachkunde volks- und betriebswirtschaftlich ausgebildeter Experten. Beides ist unentbehrlich. Aber es muß ergänzt werden durch die Einsicht in das Funktionieren der Bewegungsgesetze des demokratischen Willensbildungsprozesses, damit nicht die Demokratie an einer Todesursache zugrunde geht, die sie mehr als jede andere Regierungsmethode bedroht: dem Selbstmord.

Des Deutschen Schicksal . . .

Weil der Politiker an der Nahtstelle zwischen Staat und Gesellschaft steht, liegt es ihm ob, die gesellschaftlichen Kräfte gegenüber dem Staat und die staatlichen Kräfte gegenüber der Gesellschaft zu repräsentieren. Beide Funktionen vereinigen sich in den Gestalten des Parlamentariers und des parlamentarischen Ministers. Es wäre jedoch irrig, nur dort von politischen Berufen zu sprechen, wo die Amalgamation zwischen Staat und Gesellschaft sich in Politikern personifiziert, die eine Doppelfunktion ausüben. Politische Berufe üben auch die Repräsentanten gesellschaftlicher Organisationen und Institutionen aus, die, ohne Funktionäre des Staates zu sein, auf das staatliche Handeln Einfluß zu nehmen suchen. Das gleiche gilt für Funktionäre des Staates, deren spezifische Aufgabe darin besteht, unmittelbaren Kontakt mit solchen gesellschaftlichen Organisationen und Institutionen zu pflegen, denen es obliegt, das politische Denken und Wollen autonom zu gestalten. Der Journalist, der Verbandsfunktionär und der Parteisekretär üben ebenso einen politischen Beruf aus wie der politische Beamte. Im Obrigkeitsstaat waren diese beiden Gruppen durch eine unübersteigbare Mauer von einander getrennt. „Des Deutschen Schicksal ist es, vor einem Schalter zu stehen; des Deutschen Sehnsucht ist es, hinter einem Schalter zu sitzen“, hat Kurt Tucholsky einmal gesagt. Im demokratischen pluralistischen parlamentarischen Verfassungsstaat ist diese Mauer abgetragen.

Der Beruf des Politikers, gesellschaftliches Denken und Wollen und staatliches Handeln miteinander zu koordinieren, kann erfolgreich nur dann durchgeführt werden, wenn er zum mindesten in den entscheidenden Positionen systematisch und kontinuierlich betrieben wird.

Bezahlte Berufspolitiker

So unerläßlich für eine funktionierende Demokratie die hingebungsvolle freiwillige Mitarbeit der zahllosen ehrenamtlichen Partei- und Verbandsfunktionäre und Delegierten zu kommunalen und beruflichen Selbstverwaltungskörpern ist, so notwendig bedarf die moderne Massendemokratie eines Stamms von Berufspolitikern, die nicht nur nebenberuflich sondern hauptamtlich der Politik dienen, die in der Terminologie Max Webers nicht nur für die Politik sondern auch von der Politik leben. Sein Leben ohne Bezahlung der Politik widmen, setzt, wie Weber in seiner klassischen Schrift „Politik als Beruf“ dargelegt hat, ein Renteneinkommen oder zum mindesten eine Beschäftigung voraus, in der man jederzeit abkömmlich ist. Der Politiker aus Liebhaberei ist kennzeichnend für eine aristokratische und im eingeschränkten Sinne für eine rentenkapitalistische Gesellschaftsordnung. Nach zwei Geldentwertungen und nachdem nicht nur der industrielle sondern auch der landwirtschaftliche Unternehmer durch seine berufliche Tätigkeit voll in Anspruch genommen ist, kämen für unbezahlte hauptamtliche politische Tätigkeit lediglich der von Dienstpflichten freigestellte Beamte und der Rentner in Frage. Die Beamten als Repräsentanten des Staates mit der Aufgabe zu betrauen, gesellschaftliche Kräfte gegenüber dem Staat zu repräsentieren, ist paradox. Hier liegt eine echte Inkompatibilität vor. Sich auf Rentner verlassen, hieße anerkennen, daß Untauglichkeit für einen regulären Beruf Eignung für hauptamtliche politische Tätigkeit nicht ausschließt. Tatsächlich erfordert jedoch die organisatorische, propagandistische, oratorische und schriftstellerische Tätigkeit eines hauptberuflichen Politikers körperliche, nervenmäßige und vor allem geistige

Kräfte in einem Ausmaß, von der sich ein Außenstehender schwerlich eine rechte Vorstellung macht. Die Hemmungen, die manch einer von ihnen gegen die Existenz fest bezahlter im Anstellungsverhältnis stehender Berufspolitiker haben mag, beruhen weitgehend auf Vorurteilen, die sich in den aristokratischen und bürokratischen Epochen der deutschen Geschichte entwickelt haben. Heute stellen sie den Ausdruck eines falschen gesellschaftlichen Bewußtseins dar. Sie sind im echten Sinne des Wortes „reaktionär“. Wer den festangestellten Berufspolitiker aus idealistischen Gründen glaubt ablehnen zu müssen, sollte sich darüber im klaren sein, daß nicht nur der Politiker als Angestellter sondern auch der Politiker als selbständiger Unternehmer — der boss — „von der Politik leben“. Ich glaube, daß Deutschland sehr viel von USA lernen kann. Den „boss“ empfehle ich nicht zur Nachahmung. Der hauptamtlich tätige, im Anstellungsverhältnis stehende Berufspolitiker verrichtet eine gesellschaftlich wertvolle Arbeit, für die er mit dem gleichen guten Gewissen eine angemessene Bezahlung verlangen kann wie jeder andere Arbeitnehmer; er verrichtet eine unendlich verantwortungsvolle Arbeit, für die er die bestmögliche Ausbildung erhalten sollte, die vorstellbar ist. Ob die akademische Erziehung für die Ausbildung zu politischen Berufen geeignet ist, ist keine Prinzipien- sondern eine Zweckmäßigkeitsfrage.

Die erfolgreiche Ausübung eines politischen Berufs setzt nicht nur organisatorische Begabung, rednerische Fähigkeit und ein spezifisches politisches Temperament voraus, sie erfordert vor allem die intellektuelle Fähigkeit, in einer gegebenen historischen Situation und im Rahmen einer gegebenen Verfassungsordnung aus dem Widerstreit der miteinander konkurrierenden Meinungs- und Interessengruppen zu politischen Entscheidungen zu gelangen, die nicht nur sachlich zweckmäßig, sondern auch massenpsychologisch tragbar sein müssen.

Der Beitrag des Berufspolitikers zur bestmöglichen Lösung politischer Probleme kann nicht in erster Linie darin liegen, daß er in der Beurteilung der historischen Kräfte mit dem Fachhistoriker zu konkurrieren vermag; von ihm wird auch nicht erwartet, daß er den Verfassungsrechtler an juristischem Fachwissen überbieten oder den Volkswirt über die ökonomischen Auswirkungen eines zur Diskussion stehenden wirtschaftspolitischen Problems zu unterrichten vermag. Der Berufspolitiker braucht auch nicht notwendigerweise ein Experte auf dem Gebiet der Technik der Verwaltung zu sein, der dem Berufsbeamten an administrativer Erfahrung die Waage zu halten vermag. Wollte sich der Politiker bemühen, auf allen bei Fällung einer politischen Entscheidung zu berücksichtigenden Fachgebieten ein Experte zu sein, so endete er unvermeidlicherweise in der Rolle eines Dilettanten. Der dem Berufspolitiker so häufig gemachte Vorwurf des Dilettantismus beruht jedoch auf einer Verkennung der Funktionen, die zu erfüllen dem Politiker in der pluralistischen rechtsstaatlichen Demokratie obliegt. Nur wenn der Politiker den Ehrgeiz aufgibt, ein Polihistor zu sein, kann er sich auf seinem ureigensten Gebiet zum Spezialisten entwickeln. Das Spezialgebiet des Politikers ist die Beobachtung, Lenkung, Kontrolle und Beeinflussung der öffentlichen Meinung. Seine Spezialfunktion besteht darin, die verschiedenen Komponenten, die bei Fällung einer politischen Entscheidung in Erwägung gezogen werden müssen, zusammen sehen zu können und ihre massenpsychologische Wirkung abzuschätzen und zu beeinflussen. Auf diesem seinem Spezialgebiet muß der Berufspolitiker Fachmann sein, für diese Aufgabe muß er geschult werden, hier darf er nicht versagen, wenn nicht Staat und Gesellschaft Schaden nehmen sollen. Als Mittler zwischen Staat und Gesellschaft ist der Politiker dafür verantwortlich, daß die Regierten begreifen, was die Regierenden beschließen und daß die Regierenden erfassen, was die Regierten ersehnen. Wenn die Kommunikationsröhren zwischen Regierenden und Regierten sich langsam verstopfen, wenn eine Kluft sich auftut zwischen Volk und Staat, wenn Mißtrauen herrscht zwischen den autonomen politischen Gruppen und ihren beruflichen Repräsentanten, wenn die heimlich und öffentlich betriebene Hetze gegen Parteibürokratie und Verbandsbonzentum eine Massenresonanz findet, dann wittern Kommunisten und Faschisten Morgenluft, dann können sie hoffen, die innerlich ausgehöhlten autonomen Organisationen gleichzuschalten, dann sehen sie eine Chance, die pluralistische Demokratie durch die totalitäre Diktatur zu ersetzen.

Unterwanderung

Die Strategen des totalitären Umsturzes sind sich sehr wohl bewußt, daß die Zeiten des Barrikadenkampfes unwiderbringlich vorüber sind. Sie versuchen nicht mit den Mitteln einer offenen Revolte sondern mit Hilfe der unmerklich betriebenen Unterwanderung der gesellschaftlichen und politischen autonomen Organisationen das demokratische Gefüge von innen zu sprengen. Der Berufspolitiker ist primär dafür verantwortlich, daß diese Versuche in ihren ersten Ansätzen erkannt und selbsttätig vereitelt werden. Denn, wollten die autonomen Organisationen sich insoweit auf staatliche Hilfe verlassen, dann gäben sie ihren autonomen Charakter auf; wollten sie die Dinge treiben lassen, so liefen sie Gefahr, zu willenslosen Werkzeugen anti-demokratischer Kräfte zu werden. Es gehört schon ein erstaunliches Maß politischen Unverstandes dazu, zu übersehen, daß der totalitäre Feind den neuralgischen Punkt der pluralistischen Demokratie innerhalb der autonomen Organisationen glaubt gefunden zu haben. Der präventive Kampf gegen den Totalitarismus, der ständig innerhalb der autonomen Organisationen geführt wird, erfordert eine gewiß andere aber nicht minder ernsthafte Schulung, er erfordert zum mindesten ebenso große geistige Fähigkeiten und charakterliche Stärke wie der repressive Kampf, der den staatlichen Polizei- und Justizorganen obliegt. Die anti-totalitäre Demokratie benötigt den hoch qualifizierten Experten der Politik nicht minder dringlich wie den hoch qualifizierten staatlichen Fachbeamten.

Es war die Tragödie des deutschen Obrigkeitsstaates, daß seine Fachbeamten trotz — ja vielleicht gerade wegen — all ihres juristischen, ökonomischen und administrativen Fachwissens nicht zu erkennen vermochten, daß die Summe fachtechnischen Einzelwissens noch keinen Politiker ausmacht. In Max Webers „Politik als Beruf“ zittert noch die Erregung und Verzweiflung über den bodenlos leichtfertigen Dilettantismus jener erstklassigen Fachbeamten à la Michaëlis nach, die sich zur Übernahme höchster politischer Verantwortung bereit fanden, ohne auch nur die primitivsten Kenntnisse und Erfahrungen politischer Art zu besitzen. Mehr noch: was diesen Einser-Assessoren völlig abging, war die Einsicht in die Eigengesetzlichkeit der Politik, deren Beherrschung Eigenschaften voraussetzt, die von denen abweichen, die gerade im juristischen Studium — mit Recht — gepflegt werden.

Juristenmonopol

Goethe hat in der Natürlichen Tochter dem Gerichtsrat Worte in den Mund gelegt, die das Spannungsverhältnis zwischen juristisch-administrativer Tätigkeit und politischer Betätigung widerspiegeln:

*Im abgeschlossenen Kreise lenken wir
Gesetzlich streng das in der Mittelhöhe
Des Lebens wiederkehrend Schwebende
Was droben sich in ungemessenen Räumen
Gewaltig seltsam hin und her bewegt
Belebt und tötet ohne Rat und Urteil
Das wird nach anderm Maß, nach anderer Zahl
Vielleicht berechnet, bleibt uns rätselhaft.*

Die Tugend des Juristen — sein ureigenster Beruf — ist es, einen gegebenen Tatbestand im Einklang mit gesetzlichen Normen oder Präzedenzfällen zu entscheiden. Der Beruf des Politikers bringt es nur allzu häufig mit sich, daß Entscheidungen gefällt werden müssen, für die es ihrer Natur nach weder feste Normen noch einschlägige Präzedenzfälle gibt. Damit taucht aber die Frage auf, ob die juristische Schulung geeignet ist, eine Ausbildung für die Ausübung spezifisch politischer Berufe zu gewähren. England — dem Mutterland der Rule of Law — ist der Gedanke fremd, daß der juristischen Ausbildung der Vorzug vor anderen Ausbildungsmethoden für politische Beamte gegeben werden solle. Die merkantilistische Periode lehnte die Vorstellung ab, daß die künftigen Beamten des Staates in der Schule der Jurisprudenz erzogen werden sollten; der absolutistische Staat bediente sich vielmehr der Kameralistik als Ausbildungsmethode für seine höheren Beamten. Das Juristenmonopol hat sich in Deutschland erst im 19. Jahrhundert entwickelt. Es ist als

ein Nebenprodukt jenes Kompromisses zwischen den bürokratischen Traditionen des Obrigkeitsstaates und den rechtsstaatlichen Bestrebungen des Liberalismus entstanden, auf den das moderne deutsche Beamtenwesen zurückgeht. Das Juristenmonopol ist eines der kennzeichnenden Merkmale des liberalen Rechtsstaats bürokratisch-monarchischen Gepräges. Das Juristenmonopol geht von der Vorstellung aus, daß in einem Rechtsstaat Verwaltung in erster Linie Gesetzesanwendung sei. Das soziale und ökonomische Substrat des Gesetzesstaates, der die Exekutive als Rechtsanwendung ausschließlich oder zum mindesten vornehmlich Juristen anvertraute, ist der *laissez faire* Liberalismus. In Deutschland hat es einen solchen Liberalismus niemals in reiner Form gegeben; zum mindesten seit 1878 hat Deutschland eine aktive Wirtschafts- und kurz darauf auch eine aktive Sozialpolitik getrieben. Damit aber entstand ein Zwiespalt zwischen dem von Juristen geleiteten liberalen Rechtsstaat monarchisch-bürokratischen Gepräges und seinem sozialen Substrat, der niemals voll überwunden worden ist. Er trat in der ungeklärten Position all derjenigen autonomen Organisationen zutage, die wir heute als „pressure groups“ bezeichnen. Nur, wenn es gelingt, diese autonomen Organisationen verantwortlich in den politischen Willensbildungsprozeß einzuschalten, ist es möglich, sie von unverantwortlichem Verhalten abzuhalten. Denn heimliche pressure groups sind geneigt, unheimliche Forderungen zu stellen und verschämte pressure groups melden nur allzu leicht unverschämte Ansprüche an. Dem juristisch vorgebildeten Fachbeamten der Kaiserzeit war die Tätigkeit all dieser Gruppen und Verbände fremd und suspekt. Was allerdings nicht ausschloß, daß er ihre Repräsentanten nur allzu häufig als Sachverständige heranzog. „Sachverständiger“ hat ein deutscher Staatsrechtslehrer, den ich sonst nicht gerne zitiere, einmal gesagt, „heißt auf deutsch Interessent“. Der von einer juristisch geschulten, absolut integren Beamenschaft geleitete Rechtsstaat der kaiserlichen Periode war, gerade weil er die pressure groups ignorierte und negierte, das Eldorado der an einer aktiven Wirtschaftspolitik interessierten Interessenverbände. Bismarck hat das Problem dadurch zu lösen versucht, daß er sich bemühte, die politischen Parteien in pressure groups umzuwandeln; die Weimarer Republik hat das Experiment des Reichswirtschaftsrats gemacht. Beide Versuche sind gescheitert.

Verwaltung ist mehr als Gesetzesanwendung

Im sozialen Rechtsstaat der Gegenwart ist Verwaltung mehr als Gesetzesanwendung; sie ist aktive Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik im Rahmen der Gesetze. Im sozialen Rechtsstaat der Gegenwart bleibt die Mitwirkung der autonomen Organisationen nicht auf das Gebiet der Gesetzgebung beschränkt. Die den sozialen Rechtsstaat kennzeichnende enge Verbindung zwischen staatlicher Exekutive und autonomen Organisationen setzt voraus, daß die Exekutivgewalt nicht in einem politischen Vakuum ausgeübt wird. Die Koordinierung der Tätigkeit staatlicher Verwaltungsbehörden und autonomer Verbände ist eine Aufgabe, die politische Schulung voraussetzt. Die Forderung, bei der Ausbildung zum höheren Verwaltungsdienst neben der juristischen Schulung deren Unentbehrlichkeit für große Gruppen der Exekutive unumstritten ist, das ökonomische, soziologische und politologische Studium als gleichwertig anzuerkennen, rechtfertigt sich aus dem Charakter unseres Staatswesens als eines sozialen Rechtsstaats demokratisch-pluralistischen Gepräges. Das Studium der Wissenschaft von der Politik dürfte für diejenigen Beamtengruppen besonders fruchtbar sein, die in engster Tuchfühlung mit den autonomen politischen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Organisationen stehen, d. h. als Beamte einen politischen Beruf erfüllen. Der soziale Rechtsstaat pluralistisch-demokratischen Gepräges kommt mit einer vornehmlich oder ausschließlich juristisch geschulten Beamenschaft nicht aus.

Max Weber hat bereits im Jahre 1919 über die mangelnde Eignung der vornehmlich juristisch geschulten Beamenschaft des Kaiserreichs die harten Worte gesprochen:

Gerade sittlich hochstehende Beamtennaturen sind schlechte, vor allem im politischen Sinne des Wortes verantwortungslose und in diesem Sinne sittlich tiefstehende Politiker.

Man kann allerdings diese Sätze nach den Vorgängen des zweiten Weltkrieges nicht lesen, ohne sich klar zu machen, daß politische Katastrophen nicht nur dann eintreten können, wenn administrative Experten, die politische Dilettanten sind, politische Verantwortlichkeiten übernehmen sondern auch, wenn administrative Dilettanten sich anmaßen, auf Grund politischer Intuitionen auf Fachkenntnissen beruhend administrative Maßnahmen außer Kraft zu setzen. Es hieße Max Weber gründlich mißverstehen, wenn man übersehen wollte, daß dieser Erzfeind eines jeglichen Dilettantismus Übergriffe der Politiker in die Domäne der Fachbürokratie ebenso leidenschaftlich verurteilte wie Übergriffe der Fachbürokratie in das Gebiet der Politik. Eine feste Demarkationslinie zwischen diesen beiden Sphären kann nicht gezogen werden. Um so bedeutsamer ist es, Fachbeamten und professionellen Politikern die Notwendigkeit der Respektierung der Eigenverantwortlichkeit beider Gruppen immer wieder vor Augen zu führen.

Kennzeichen echter Bildung

Das Deutschland vor 1918 stellt den in der Krisensituation gescheiterten Versuch dar, die staatlich-politischen Probleme einer Massengesellschaft mit Hilfe eines zwar juristisch und fachlich glänzend geschulten und unbedingt integren, jedoch — zum mindesten subjektiv — bewußt unpolitischen Beamtenstabs zu meistern. Der Politiker als Transformator gesellschaftlicher in staatliche und staatlicher in gesellschaftliche Energien hatte in diesem Staats- und Gesellschaftssystem keine anerkannte Position. Er war gesellschaftlich nicht respektabel. Im Erziehungswesen dieser auf ihre historisch-literarisch-ästhetische Bildung so stolzen Epoche konnte das Studium der Politik keinen eigenständigen Platz beanspruchen.

Der Sohn achtbarer Eltern, der die Neigung verspürte, in die Politik zu gehen, Journalist werden wollte oder gar davon träumte, einmal Reichstagsabgeordneter zu werden, wurde mit Nachdruck ermahnt, sich auf einen vernünftigen Beruf vorzubereiten; er wurde belehrt, daß Journalisten und sonstige Politiker nur allzu häufig kein Examen gemacht und auch sonst verkrachte Existenzen seien. So wurde denn die Ausbildung des künftigen Politikers dem Zufall überlassen oder auf Parteschulen bewußt einseitig vorgenommen. Das Fehlen systematischer politischer Bildungsmöglichkeiten begünstigte die Heranzüchtung eines un-systematischen politischen Autodidaktentums. Wie es hierbei zugehen konnte, hat uns einer geschildert, dem wir ohne weiteres glauben dürfen, daß er sehr viel in sich hineingelesen hat, dessen Halbbildung sich aber zu unser aller Verhängnis schlimmer ausgewirkt hat als die krasseste Unbildung. Denn der Mann, der am 9. November 1918 in Prenzlau beschloß, Politiker zu werden, erhob den Anspruch darauf, im Besitz eines absolut gültigen Wissens zu sein.

Kennzeichen echter Bildung ist es jedoch, sich der Begrenztheit seines Wissens bewußt zu bleiben. Nur der ist wissenschaftlich erzogen, der jederzeit bereit ist, seine Kenntnisse kritisch zu überprüfen und notfalls die Ergebnisse seiner Studien zu korrigieren. Gebildet ist, wer Bildung als einen sich ständig fortentwickelnden Prozeß der Formung der eigenen Persönlichkeit begreift. Es gibt schwerlich einen Beruf, dessen Angehörige dieser auf Selbsterkenntnis und Selbstbeschränkung beruhenden, nur in systematischer Erziehung zu erlangenden echten Bildung mehr bedürfen als der Politiker. Denn der Politiker steht unter der Versuchung, ein jedes partielle Wissen zu dogmatisieren; er läuft Gefahr, ein Glied der Kausalkette als alleinige Ursache historischen Geschehens herauszustellen und vor allem eine Komponente eines politischen Vorgangs zu verabsolutieren. Ob der Politiker der Gefahr widersteht, demagogische Triumphe dadurch zu erringen, daß er sich als einer jener großen schrecklichen Vereinfacher betätigt, deren Herannahen Jacob Burckhardt schauernd für das 20. Jahrhundert vorausgeahnt hat, hängt nicht nur von seinem Charakter sondern auch von der Tiefe seiner Bildung ab. Nicht zuletzt auf Grund seiner Halbbildung war Adolf Hitler zu der Rolle des verantwortungslosen Demagogen prädestiniert. Wir lesen über seinen Entwicklungsgang in „Mein Kampf“:

In dieser Zeit bildete sich mir ein Weltbild und eine Weltanschauung, die zum granitenen Felsen meines derzeitigen Handelns wurden. Ich

habe zu dem, was ich mir einst so schuf, nur wenig hinzulernen müssen, zu ändern brauchte ich nichts."

Der also geschaffene granitene Fels war die aus Traktätchen zusammengelesene zoologische Geschichtsauffassung, für die der Verfasser von „Mein Kampf“ nur deshalb absolute ewige Gültigkeit beanspruchen konnte, weil er sich niemals darüber Rechenschaft abgelegt hat, wie man zu einer Weltanschauung gelangt. Eine zum granitenen Felsen eines Weltbildes erhobene soziologische Hypothese verwischt den Unterschied zwischen Sektenbildung und Parteigründung. Der Mann, der beschlossen hatte, Politiker zu werden, tat dies unter Verkennung des Wesens der Politik.

In der Reduzierung komplizierter politischer Erscheinungen auf eine isolierte Komponente steht Hitler nicht allein. Die Vulgär-Geopolitiker, die Vulgär-Macchiavellisten und die Vulgär-Marxisten bilden Parallelerscheinungen zu den Vulgär-Rassentheoretikern Hitlerscher Prägung.

Erziehung zur Politik

Erziehung zur Politik heißt Schulung in der Methodik politischen Denkens, d. h. aber Absage an alle sonistischen Erklärungsversuche politischer Phänomene. Erziehung zur Politik heißt die Erlangung einer vertieften Einsicht in die Möglichkeiten und Grenzen politischen Handelns. Es heißt Absage an die unkritische Haltung zur Politik, die durch ein ständiges Schwanken zwischen einer maßlosen Überschätzung und einer skeptischen Unterschätzung der Aufgaben gekennzeichnet ist, die der Politik im sozialen, wirtschaftlichen und geistigen Leben einer Epoche gesetzt sind. „Der Gang der Politik“, hat Toqueville gesagt, „gleich dem Fluge eines Drachens, dessen Bahn von dem Winde, der ihn treibt und der Schnur, die ihn hält, abhängig ist.“ Nur wer an Hand historischer Einzelstudien in die Problematik politischen Denkens und Handelns eingedrungen ist, vermag die volle Bedeutung dieses Satzes ganz zu verstehen. Erziehung zur Politik bedeutet schließlich die Erlangung der Fähigkeit, das Zusammenspiel der verschiedenartigen Komponenten zu erfassen, deren jeweilige Ausbalancierung das Wesen einer konkreten politischen Entscheidung ausmacht. Nur, wer in der Lage ist, den Denk- und Willensprozeß zu begreifen, der politischen Entscheidungen zu Grunde liegt, darf sich politisch geschult nennen. Gewiß, die juristische Verantwortung für die letzte politische Entscheidung liegt im allgemeinen nicht bei dem Politiker sondern bei dem Staatsmann. Eine politische Mitverantwortung tragen jedoch alle, die diese Entscheidung zu beeinflussen suchen: durch Zeitungsartikel, interne Parteidiskussionen, öffentliche Reden, Ausarbeitung von Denkschriften, parlamentarische Tätigkeit oder sonstige Einwirkungen auf die öffentliche Meinung. Die Entwicklung der modernen Medien der Beeinflussung der öffentlichen Meinung: des Mikrophons, des Radios, der Fernsehtechnik haben die moralische Verantwortung des juristisch nicht verantwortlichen Politikers unendlich gesteigert. Sie können — hierin der Atomenergie ähnlich — zum Heil und zum Verderben der Menschheit verwandt werden. Wir alle tragen die Verantwortung dafür, daß die noch kaum geahnten Möglichkeiten der Massenbeeinflussung nicht unverantwortlichen Elementen überantwortet werden. Wir sind es, die unverantwortlich handeln, wenn wir es unterlassen, denen, die diese Instrumente der Massenbeeinflussung im Kampf um die Macht einsetzen — das sind aber in erster Linie die Berufspolitiker — nicht die Möglichkeit gewähren, sich systematisch in der Aufgabe zu schulen, Politik verantwortungsbewußt zu betreiben.

Wir leben nicht mehr im 18. oder 19. Jahrhundert. Wir glauben weder an die grenzenlose Macht der Vernunft noch an die alleinseligmachende Kraft der Erziehung. Aber wir erklärten unseren Bankrott als akademische Bürger, wenn wir abstreiten wollten, daß die akademische Erziehung dazu beitragen kann, Verständnis für Wesen, Grenzen und Aufgaben der Politik zu vertiefen und die Einsicht in die Natur der politischen Entscheidung und in die konkreten Probleme einer speziellen politischen Entscheidung zu begründen. Gewiß: wir wollen nicht den konzessionierten Politiker, wir wollen die Ausübung des politischen Berufs nicht abhängig machen von der Auflage, einen bestimmten Aus-

bildungsgang zu absolvieren. Was ich jedoch fordere, was ich mit einem Nachdruck fordere, der durch die Bedeutung des Problems geboten erscheint, ist, daß jedem — und ich betone jedem —, der die charakterlichen und geistigen Fähigkeiten hierzu nachweist, der entweder durch seine Schulung oder der durch seine Tätigkeit im öffentlichen Leben hierzu geeignet erscheint, die Möglichkeit gewährt wird, sich in wissenschaftlich vertiefter Form diejenige akademische Erziehung anzueignen, die die verantwortungsvolle Ausbildung eines politischen Berufs erleichtert. In der Demokratie darf der Beruf des Politikers nicht einer Bildungselite reserviert sein, die akademische Erziehung zu politischen Berufen darf nicht von dem Vorliegen eines Reifezeugnisses abhängig gemacht werden. Die Möglichkeit einer abgeschlossenen akademischen Erziehung für den Beruf der Politik darf einem Menschen nicht allein aus dem Grund versagt werden, daß er in seiner Jugend nicht die Mittel besessen hat, eine höhere Lehranstalt zu absolvieren.

Gewiß — der Versuch, wissenschaftliche Ausbildungsmöglichkeiten jedem zur Verfügung zu stellen, der sich für die Politik berufen fühlt, ist in Deutschland bereits einmal unternommen worden als auf Anregung Friedrich Naumanns und unter hervorragender Mitwirkung Theodor Heuss' die erste Hochschule für Politik gegründet wurde. Die Gründe, weshalb dieser Versuch scheiterte, die Ursachen des Versagens und Zusammenbruchs der Weimarer Republik können hier nicht im einzelnen erörtert werden. Es muß genügen, im Anschluß an eine neuere Studie einen Punkt hervorzuheben, der mit unserem Thema zusammenhängt. Dr. Bracher vom Institut für politische Wissenschaft, Berlin, hat in einer glänzenden Monographie *) dargetan, daß die Tragödie der ersten deutschen Republik nicht zuletzt auf die falsche Einschätzung des politischen Machtfaktors seitens der demokratischen Kräfte in den Jahren vor 1933 zurückzuführen ist. Mangelndes Machtbewußtsein führte zu Machtchwund, Machtverfall und schließlich zu einem Machtvakuum, das in der Machtergreifung derer resultierte, die durch die Überbetonung des Machtelementes in der Politik uns alle ins Verderben geführt haben. Vor der Machtkomponente in der politischen Realität die Augen verschließen bedeutet, denen den Weg bereiten, die von der Macht berauscht sind. Den Machttrunkenen die Staatsgewalt ausliefern, heißt zur Ohnmacht verurteilen, was uns heilig und wertvoll ist, heißt Recht und Religion, Menschenwürde, Wissenschaft und Kultur dem Moloch der Macht zu opfern. Dr. Bracher hat gezeigt, wie im März 1930 die Überbetonung sozialpolitischer Spezialprobleme unter Vernachlässigung aller gesamtpolitischen Aspekte zu dem verhängnisvollen Sturz der Regierung Müller geführt hat; er hat nachgewiesen, wie unheilvoll sich die Überschätzung der ökonomischen und die Unterschätzung der massenpsychologischen Momente der Staats- und Wirtschaftskrise der damaligen Zeit durch die Regierung Brüning ausgewirkt hat; er hat schließlich aufgezeigt, von welcher entscheidenden Rolle im Endkampf zwischen Hitler und der Weimarer Republik die von rein militärtechnischen Erwägungen geleitete Haltung der Reichswehr zum Verbot der SA und SS gewesen ist, dessen Aufhebung das Militär unter völliger Vernachlässigung aller etwa eintretenden massenpsychologischen und machtpolitischen Folgen forderte und erzwang.

Diese glänzende politologische Arbeit wurde hier so ausführlich erwähnt, weil sie an Hand einer Kette konkret historischer Vorgänge das Verständnis für das Wesen der politischen Entscheidung und für die Ursachen politischer Fehlentscheidungen ermöglicht. Am Grabe der Weimarer Republik, im Angesicht der Trümmer, die uns täglich und stündlich umgeben, wenige hundert Meter von dem Eisernen Vorhang entfernt, fragen wir an dieser Stätte akademischer Forschung, ob die Wissenschaft sich uns versagt, wenn wir die Rolle der Macht in der Politik, die Rolle der Politik in dem gesellschaftlichen Gesamtprozeß bestimmen wollen, wenn wir fordern, daß denen, die als Berufspolitiker eine Verantwortung auf sich zubürden gewillt sind, die vielleicht ohne Parallele ist, das Rüstzeug zur Meisterung dieser Aufgabe geboten wird. Wer aus Prinzip die Möglichkeit eines Doktors der Politik verneint, bekennt sich zur Unvermeidlichkeit des politischen Medizinmannes.

*) „Die Auflösung der Weimarer Republik“, Ring-Verlag, Stuttg./Düsseldorf. Voraussichtlicher Erscheinungstermin April 1955.

Der Standort der Politologie

Nach allem, was hier gesagt wurde, erübrigt es sich zu wiederholen, daß die akademische Erziehung zu politischen Berufen nicht in der Summierung von Einzelwissen, nicht in der Erlernung der politischen Wissenschaften sondern in der Synthese im Studium der Wissenschaft von der Politik bestehen muß. Der Politologe soll nicht ein Schmalspur-Jurist, -Ökonom, -Soziologe, -Psychologe oder -Historiker sein. Denn Schmalspurigkeit führt zur Großspurigkeit. Er soll ein Wissenschaftler eigenen Gepräges sein.

Lassen Sie mich zum Schluß den Standort der Politologie im Rahmen der gesamten Sozialwissenschaft an dem Verhältnis von Rechtswissenschaft und Politikwissenschaft exemplifizieren. Theoretisches juristisches Studium und praktische juristische Ausbildung sollen die wissenschaftlich fundierte Fähigkeit vermitteln, den rechtlichen Grenzfall zu entscheiden und Vorsorge zu treffen, das tunlichst in Zukunft keine rechtlichen Konfliktsfälle entstehen. Die akademische Ausbildung in politischen Berufen soll den Berufspolitiker dazu erziehen, das Fachwissen des Fachjuristen zu respektieren; sie soll ihm ermöglichen, das Vorliegen eines juristischen Problems zu erkennen, damit rechtzeitig der juristische Spezialist konsultiert wird; sie soll ihn befähigen, sachgemäße Fragen zu stellen, juristische Argumente zu begreifen und zutreffend bei Fällung einer politischen Entscheidung zu verwerten. All dies erfordert zwar kein abgeschlossenes wissenschaftliches Studium der Jurisprudenz, aber ein Minimum von Rechtskenntnis und ein Verständnis für die Denkmethode des Juristen.

Die akademische Erziehung des Berufspolitikers sollte sich nicht darin verlieren, in tunlichst volkstümlicher Form Rechts- oder Volkswirtschaftslehre für den Hausgebrauch zu liefern. Sie sollte vielmehr aus dem Gesamtbereich der Jurisprudenz diejenigen Sondergebiete herausarbeiten, die für das Verständnis des politischen Gesamtprozesses unentbehrlich sind. In unserer akademischen Erziehung werden die sogenannten Nebenfächer noch viel zu sehr schematisiert; sie werden viel zu wenig auf das Hauptfach abgestellt. Für den Politologen ist ein Ver-

ständnis der Grundlagen des Prozeßrechts z. B. wichtiger als die Kenntnis weiter Gebiete des materiellen Rechts. Er muß wissen, was Justizförmigkeit des Verfahrens ist, er muß das Wesen der Schiedsgerichtsbarkeit verstanden haben, ihm müssen die Hauptmaximen des Strafprozeßrechts geläufig sein. Wie oft ist von der Vertrauenskrise der Justiz die Rede gewesen. Aber liegt das nicht zum mindesten teilweise daran, daß Justizfragen als Spezialfragen für Juristen angesehen werden, bei deren Behandlung Laien nicht mitreden können? Die Rolle der Justiz im Gesamtgefüge der Staats- und Gesellschaftsordnung begreifen lernen, sollte einen nicht unwesentlichen Teil der akademischen Ausbildung von Berufspolitikern bilden. Und niemand sollte der Wissenschaft von der Politik für die Bewältigung dieser Arbeit dankbarer sein als die ständig der Gefahr der Isolierung und des Mißverstandenwerdens ausgesetzten Juristen.

Was hier für die Jurisprudenz skizziert wurde, gilt mit Abweichungen, die darzustellen mir die Zeit und Sachkunde fehlen, für Ökonomie, Soziologie und vor allem Psychologie. Erst, wenn er sich dergestalt das unerläßlich notwendige vorklinische Wissen und Können angeeignet hat, ist der Student der Wissenschaft von der Politik reif, sich dem historisch und methodisch vertieften Studium dessen zu widmen, was ich die Theorie und Praxis der politischen Entscheidung nennen möchte.

Manch einem mag dieses Programm einer Erziehung zu politischen Berufen als ein Wagnis erscheinen. Aber ist es nicht ein größeres Wagnis, unser Schicksal Politikern anzuvertrauen, die keine systematische Bildung zu ihrem Beruf erhalten haben? Das hier vorgetragene Programm ist nicht das letzte — es ist das erste Wort zur Frage akademischer Erziehung und politischer Berufe, das an dieser Stelle gesprochen wird. Ich kann nicht erwarten, Sie, deren Skepsis und Bedenken ich kenne, von der Richtigkeit meiner Argumente überzeugt zu haben. Was ich jedoch erhoffe ist, Ihnen die schicksalsschwere Bedeutung des von mir behandelten Problems nahegebracht zu haben, denn — um mit diesem Wort Napoleons zu schließen —: die Politik ist das Schicksal.

CURT TILTACK

Die Neuausbreitung des Islams im 20. Jahrhundert¹⁾

Mit Genehmigung des Verlages KARL ALBER, Freiburg-München, entnehmen wir der Zeitschrift SAECULUM Bd. 5, Jahrgang 1954 den folgenden Artikel von Curt Tiltack:

Der gesamte Islam entwickelt, besonders seit dem Ende des ersten Weltkrieges, eine seit langem nicht mehr dagewesene Aktivität. Bei einer Gesamtzahl von rund 350 Millionen Anhängern des Islams ist heute etwa jeder achte Mensch Muhammedaner. Alle Religionsgemeinschaften, die vor Muhammed da waren, haben im Laufe der Jahrhunderte weite Gebiete und viele Menschen an den Islam verloren. Fast die gesamten orientalischen christlichen Kirchen sind im Islam aufgegangen. Der evangelische Missionswissenschaftler und frühere Missionar Gottfried Simon schreibt: „Weithin hat das Kreuz dem Halbmond Platz gemacht, und die sogenannten Hodireligionen, Zarathustras Gefolgschaft, Konfuzianismus, Hinduismus, Brahmanismus und Buddhismus, haben sich seiner nicht erwehren können und am allerwenigsten die Massen der sogenannten primitiven Völker, die heute in ihm den einzigen Weg zum Aufstieg, zu Ansehen, zu wirtschaftlichem Vorwärtskommen sehen. Sie erliegen seiner verführerischen Macht in Afrika und Asien fast hemmungslos.“²⁾

In den letzten 150 Jahren hat die islamische Propaganda große Fortschritte gemacht. Der Islam ist diejenige Weltreligion, die im stärksten Zunehmen in Afrika, Asien und Indonesien begriffen ist. In der Glaubenspropaganda übertrifft der Islam hinsichtlich der Allgemeinheit der Aktivität zur Zeit jede andere Religion. Ein immer breiter werdender Gürtel von Bekennern des Islams zieht sich durch die subtropischen und tropischen Gebiete der Erde. Sollten sich einmal die Verhältnisse in Sowjetrußland ändern, so hat der Islam die größten Chancen unter den mongolischen und Turkvölkern Rußlands.

In einigen Jahrhunderten hat der Islam halb Asien und Nordafrika erobert und dehnt sich heute wieder stark aus, während der Buddhismus für ein kleineres Gebiet 1 000 Jahre brauchte und das Christentum in einem Jahrtausend nur das kleine Europa gewann und behielt und Vorderasien und Nordafrika wieder

fast ganz verlor (was natürlich eine rein räumlich-quantitative Betrachtung ist). Wenn auch in Europa nach dem Zusammenbruch der türkischen Eroberungen der Einfluß des Islams zurückging, so glichen die gewaltigen Eroberungen, die der Islam anderwärts, von Europa wenig beachtet, machte, die europäischen Verluste reichlich wieder aus. In Afrika war der Islam schon im 14. Jahrhundert bis zum Tschadsee vorgedrungen, und später machte sich vom Senegal bis zum Nil muslimischer Einfluß zunehmend geltend. Heute ist mindestens halb Afrika muslimisch. Trotz der in Afrika ebenfalls vorhandenen hinduistischen und chinesischen Einwanderer (letztere vor allem in Südafrika) ist aber kein Neger Hindu oder Anhänger der chinesischen Religionssysteme geworden.

Zu den Folgen der islamischen Ausbreitung zählt vor allem auch das Vordringen der arabischen als der heiligen islamischen Sprache des Korans. Eine Menge von Volkssprachen, besonders in Afrika, werden durch das Arabische verdrängt oder beeinflusst. Hand in Hand damit strömen islamische Gedanken in die Herzen auch noch nicht islamisierter Völker. Die vielen aus dem Arabischen übernommenen Wörter erinnern an den starken kulturellen und wirtschaftlichen Austausch mit den Muslims. Auch bei noch nicht erfolgtem Übertritt zum Islam haben ferner auf dem Gebiete des religiösen Lebens doch manche Beeinflussungen stattgefunden. Wie über die verschiedenen Sprachgebiete, so spannt sich der Islam auch über die mannigfachsten Kulturwelten und Wirtschaftsregionen. Über die verschiedenen Länder und Völker gehen Wechselwirkungen hin und her. Solche Be-

rührungen können Wendepunkte in der Entwicklung der menschlichen Kultur darstellen. Einen Höhepunkt der Einflußbeziehungen von Ost nach West stellte während des ganzen Mittelalters die Macht des Islams dar. Nicht nur politisch und militärisch mußte das christliche Europa mit dieser Macht des Islams rechnen, sondern auf kulturellem und geistigem Gebiet sind die Beeinflussungen durch den Islam so weitgehend, daß dieser Kulturkontakt vielleicht geradezu einen Wendepunkt in der Kultur- und Geistesgeschichte des abendländischen Mittelalters darstellt³⁾.

Man vergesse nicht: der Islam ist nicht nur Religion, sondern auch Weltanschauung, Staatsauffassung und Zivilisation. Die Erfolge der islamischen Missionstätigkeit bedeuten in letzter Linie auch den Anschluß dadurch neugewonnener Gebiete an die Kulturwelt des islamischen Orients und schließlich eine Ausdehnung eines gewissen politischen Solidaritätsgefühls unter allen Muslims auch auf diese Gebiete. Das sind geschichtlich außerordentlich wichtig zu nehmende Folgen der gegenwärtigen, in den folgenden Darlegungen genauer zu betrachtenden Neuausbreitung des Islams. Im Bereich ins Wanken geratener Eingeborenenkulturen schafft der Islam einen Geist der Disziplin, gibt einen inneren Halt, bessert und erhält die Formen des Anstandes und Benehmens und errichtet damit die Vorstufen einer höheren Zivilisation. Mit Rücksicht auf die Bedeutung Afrikas für Europa und angesichts der Lage des islamischen Verbreitungsgebietes zwischen Europa und dem Fernen Osten verdient die gegenwärtige Ausbreitung des Islams auch aus diesem Grunde besondere Beachtung.

Auf dem Wege, die afrikanische Religion zu werden

Von den mehr als 150 Millionen Bewohnern Afrikas bekennen sich heute bereits etwa 85 Millionen zu der Religion des Propheten Muhammed. Das ist gegenüber dem Stande der Zeit vor dem ersten Weltkriege eine zweieinhalbfache Zunahme der Anhänger des Islams und eine von mehr als 45 Millionen unter der Negerbevölkerung. Die christlichen Kirchen zählen trotz ihrer langen Missionsarbeit demgegenüber nur über 13 Millionen (eingeborene?) Anhänger.

Wo Christentum und Islam im Wettbewerb stehen, nimmt man nach E. A. Barnes „Geschichte von Nigeria“ an, daß auf jeden, der sich christlich taufen läßt, zehn kommen, die der Islam für sich gewinnt. Dies wird auch von

1) Meinen Ausführungen liegt ein in langer Arbeit zusammengetragenes Material aus vielen Missions- und Kirchenblättern sowie aus dem einschlägigen missionsreligions- und kolonialwissenschaftlichen Schrifttum zugrunde, das sich allmählich zu dem hier vorgelegten Mosaik fügte. Es ist daher unmöglich, meine Darlegungen mit einer Unzahl von Belegen zu überlasten. Es sei dafür besonders auf das Werk von Simon und vor allem auf das darin enthaltene ausführliche Schrifttumsverzeichnis verwiesen.

2) Simon, S. 15.

3) Ich habe mich seit Jahren immer intensiver mit der Geschichte und den Problemen dieses Kulturkontakts befaßt, und es festigt sich bei mir der Eindruck, daß vor allem der gewaltige Aufschwung der modernen abendländischen Wissenschaft ganz wesentlich durch das Bekanntwerden mit den islamischen Wissenschaften und durch deren Mittlerrolle in der Weitergabe antiken Geistesgutes ausgelöst und gefördert wurde.

christlicher Missionsseite bestätigt⁴). Als Wanderprediger auftretende islamische Murābit (Marabu) und als Händler umherziehende Haussaneger sind vor allem die Träger der muhammedanischen Mission⁵). Überdies wird jeder Anhänger des Islams von vornherein zum Propagandisten erzogen. Der Islam ist auf dem besten Wege, die afrikanische Religion zu werden.

Die Gründe des riesigen Wachstums des Islams liegen auf sozialem wie seelisch-geistigem Gebiet. Die Gestattung der Vielweiberei bringt den Islam jenen Stämmen näher, die die Arbeiten durch ihre Frauen und Kinder verrichten lassen. Dazu kommt die rechtlich gehobene Stellung des Bekehrten; denn jeder Muslim, gleich welcher Rasse oder gesellschaftlichen Schicht, genießt nach dem Koran die gleichen Rechte. Der Annahme des Islams kommt der Glaube fast aller Neger an einen höchsten Gott und an ein Leben nach dem Tode sehr entgegen. Dasselbe gilt vom islamischen Amulettwesen, das dem Zauberwesen der Neger entspricht. Infolge des islamischen Alkoholverbots ist die muslimisch gewordene Bevölkerung gegen diese Genußseuche geschützt. Hierin hat der Islam in Afrika eine anerkennenswerte Leistung vollbracht.

Was hier über das Wirken des Islams in Afrika gesagt wurde, gilt in mehr oder weniger abgewandelter Form auch für die islamische Mission andernorts. Wenn wir uns nun geographisch den einzelnen Betätigungsfeldern der islamischen Propaganda zuwenden, so erhalten wir ein recht aufschlußreiches Bild.

In Französisch-Nordafrika ist die islamische Bevölkerung in immer wieder aufflackernder Gärung gegen die französische Kolonialherrschaft begriffen. Man erhebt immer dringender die Forderung nach kulturellem und sozialem Fortschritt in Verbindung mit politischer Freiheit. Der Bevölkerung erscheint der Kampf gegen die französische Kolonialpolitik weitgehend zugleich als ein Kampf für den Islam. Besonders erbittert ist der Widerstand in Tunis, wo der wichtige islamische Wallfahrtsort Kairuan liegt, und in Marokko, wo die muhammedanische hohe Schule in Fez das hauptsächlichste Widerstandszentrum ist.

In Französisch-Nordafrika vertreten die Eingeborenen die Ansicht, daß sie das Festhalten am Islam vor der Unterlegenheit gegenüber dem französischen Einfluß schütze; so ist hier betont islamische Haltung mit dem Streben nach politischer Freiheit verknüpft⁶). Wenn man sich auch von katholischer (Weiße Väter) und evangelischer Seite auf dem Umwege über Kultur-

und Erziehungsarbeit um die Gewinnung von Anhängern bemüht, so sind die erzielten Erfolge jedoch äußerst bescheiden. Auch alle Bemühungen General Francos um die Gunst der islamischen Welt werden niemals der christlichen Mission im muslimischen Nordafrika eine besondere Chance eröffnen. Zwar hat General Franco Kulturautonomie für den Islam in den in Spaniens Besitz befindlichen Territorien zugesichert, aber keine politische Autonomie; denn in Fragen der Aufrechterhaltung der europäischen Machtansprüche in Nordafrika arbeitet Spanien mit Frankreich zusammen. War es dem mit viel Verständnis für den Islam begabten Marschall Lyautey mit politischem und militärischem Geschick gelungen, Frankreichs Macht in Nordafrika (vor allem in der Sahara) zu festigen, so ist es nun Frankreichs Bestreben, die Muhammedaner Nordafrikas zu Bürgern der französischen Nation zu machen, ein Unterfangen, das angesichts der islamischen Autonomiebestrebungen nicht leicht ist. Andererseits ist jedoch Nordafrika heute für Frankreich strategisch eminent wichtig, da es im Kriegsfall das industrielle Ausweichgebiet Frankreichs werden soll.

Die Errichtung des italienischen Imperiums veranlaßte Italien, nach seinen kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Senussi bald ein freundschaftliches Verhältnis zur islamischen Welt anzubahnen und auf sie einzuwirken. Das faschistische Italien errichtete in den ihm unter-

stehenden Gebieten Moscheen und eröffnete Koranschulen. In Tripolis wurde durch General Balbo eine muhammedanische Universität, „Hochschule für Kultur und Recht des Islam“, geschaffen. Mussolini erklärte auf seiner Libyenreise 1937, auf der ihm als Zeichen der Anerkennung für seine Bemühungen um die islamische Welt durch libysche islamische geistliche Führer und Stammesfürsten das „Schwert des Islams“ überreicht und er zum „Beschützer des Islams“ proklamiert wurde, u. a.: „Nach euren Beweisen der Treue gedenkt das faschistische Italien den Muslims von Libyen und Äthiopien Frieden, Gerechtigkeit, Wohlstand und die Beachtung der Gesetze des Propheten zuzusichern, und es will damit auch dem Islam und den Muslims der ganzen Welt seine Sympathie zum Ausdruck bringen.“ Ein Erfolg dieser Proklamation war ein Treuegelöbnis der Muhammedaner Abessinien. Andererseits rief eine weitere italienische Erklärung („Mussolini ist nicht nur der Führer der Italiener, er ist auch euer Führer! . . . Der Duce ist der Beschützer des Islams, und als soldat fördert er die muslimischen Völkerschaften.“) eine bedeutsame Gegenerklärung des Rektors der Azhar-Universität in Kairo, Scheichs El-Marāghī, hervor, der darauf hinwies, daß niemals ein Nichtmuslim Schutzherr des Islams sein könne; die Verteidigung des Islams könne nur von einem Muhammedaner übernommen werden⁷).

Geistiger Mittelpunkt des Islams

Ägypten beherbergt den bedeutendsten geistigen Mittelpunkt des Islams. Es ist die tausendjährige Azhar-Universität in Kairo. Nach dem Wegfall des Chalifats und des Scheich ül-Islam und mit der sinkenden religionspolitischen Bedeutung Mekkas hat das Erbe dieser früheren Mittelpunkte des Islams heute in steigendem Maße die Azhar-Universität übernommen. Mag die Nachricht von der dortigen Ausbildung von 12 000 Missionaren aus aller Welt hinsichtlich ihres wirklichen Einsatzes übertrieben sein, so zeigt sie doch, mit welchem Eifer und in welchem Umfange man heute im Islam Mission zu betreiben gewillt ist. So wurden z. B. besondere Klassen für Studenten eingerichtet, die nach China, Japan, Abessinien und Südafrika ausgesandt werden sollen. Elf Jahre soll das Studium dauern, ehe die Befähigung zum Moscheendienst und zum Lehramt ausgesprochen wird, siebzehn Jahre, ehe ein Student das Gelehrtenzeugnis erhält. Es ist klar, daß einem so ausgebildeten islamischen Missionar ein eingeborener christlicher Katechist schon rein geistig nicht gewachsen ist. Wie weit der Einfluß der Azhar-Universität reicht, erhellt daraus, daß der Rektor dieser Universität vor bald 20 Jahren eine Predigerkommission nach dem Malaiischen Archipel und nach Japan als „Faruk-Mission“ entsandte. Was die Azhar für die ganze Welt ist, das ist Omdurman, die ehemalige Residenz des Mahdī, für Zentral- und Ostafrika. Aber auch in Ägypten selbst ist der Islam rege tätig. Dort führte die Abneigung gegen die englische Oberherrschaft die christ-

lichen Ägypter (Kopten) mehr und mehr in die islamischen Reihen. Waren in den Jahren bis 1930 jährlich etwa 400 Kopten Muslims geworden, so schwoll in den folgenden Jahren ihre Zahl bis auf 1 500 jährlich an. Daneben wird ein großer Aufbauplan durchgeführt, der den Neubau von 200 Moscheen neben umfangreichen Ausbesserungsarbeiten vorsieht. Ferner sei noch erwähnt, daß sich vor dem zweiten Weltkriege in Ägypten nicht weniger als 474 Tageszeitschriften im Dienste des Islams betätigten. Schon 1912 wurde in Ägypten eine muslimische Missionsgesellschaft gegründet, die vor allem Indonesien und den Sudan bearbeitet. Sie besitzt in ihrer von dem Syrer Reschid Rida herausgegebenen Zeitschrift „El-Manār“ („Der Leuchtturm“) ein einflußreiches Sprachrohr.

In Abessinien ist das Christentum praktisch eine tote Religion geworden. Die koptische Landeskirche hatte schon seit langem keinerlei Mission mehr getrieben, sondern sich immer mehr allein auf ihre staatlichen Vorrechte gestützt. Der Islam jedoch war nicht untätig geblieben. Eine Reihe nordabessinischer Stämme, die noch um 1850 fast durchgehend christlich waren, sind heute muslimisch. Einem allgemeinen Hinneigen zum Islam entsprechend, ließen auch andernorts manche christliche abessinische Frauen ihre Kinder muslimisch erziehen. Der abessinische Islam verstand es ausgezeichnet, sich als Hüter gegen alles Europäische und als Garant

⁴) In der „Schöneren Zukunft“ vom 18. August 1935 schreibt N. Grohauer über das Vordringen des Islams: „Die muhammedanische Mission hat z. B. in Westafrika mehr Erfolg als die katholische. In Kamerun, Belgisch-Kongo, Uganda, Ruanda und Urundi gewinnt der Islam schätzungsweise zehnmal mehr Anhänger als der Katholizismus.“

⁵) Das „Katholische Kirchenblatt“, Berlin (v. 15. März 1936), schrieb: „Insbesondere die Haussaneger sind an Eifer wie an Werbetalent den eingeborenen christlichen Katechisten weit überlegen.“

⁶) Simon, S. 366; auch die Ausführungen von Schmitz.

⁷) Vgl. auch Wilhelmy, S. 542 ff.

für dereinstige Freiheit anzupreisen. Andererseits war der Islam der erste Nutznießer der Annexion Abessiniens durch das faschistische Italien. Das italienische „Gesetz über die Ordnung und Verwaltung von Italienisch-Ostafrika“ gewährte dem Islam eine weitgehende religiöse und kulturelle Autonomie. *Marschall Graziani* machte außerdem auch seinerseits in einer großen Kulturred in Addis Abeba u. a. folgende programmatische Zusicherungen im Namen der italienischen Islampolitik: Achtung vor dem Islam; Freiheit seines Kultus in den Moscheen und Schulen; im Rahmen der Gesetzgebung Förderung aller Muhammedaner, gleich welcher Her-

kunft, Nationalität und Untertanenbeziehung; unbedingte Achtung vor den Überlieferungen und religiösen Sitten und Anschauungen des Islams, auf denen die Familienbeziehungen der Anhänger Muhammeds beruhen; Achtung der muhammedanischen Frau und des Privateigentum; Gründung eines großen muhammedanischen Kulturzentrums in Harrar; Harrar wird Heilige Stadt. Heute hat der Islam im wieder autonomen Abessinien zahlenmäßig das Übergewicht, ist politisch gleichberechtigt und besitzt religiöse und kulturelle Autonomie. Er hat eigene Gerichtsbarkeit, und in seinen Schulen wird Unterricht im Arabischen erteilt.

liche Missionsarbeit hat es gewirkt, als die Madagassen nach der französischen Besitzergreifung 1890 bzw. 1896 erleben mußten, wie das blühende Werk der protestantischen Londoner Mission mit ihren weit über 1 000 Schulen zerstört und das protestantische Bekenntnis der Eingeborenen vielfach mit Gewalt zugunsten des katholischen unterdrückt wurde⁹⁾.

Siegeszug in Westafrika

In ganz Westafrika zählte man vor dem zweiten Weltkrieg 12 Millionen Muslims. Dort befindet sich der Islam auf dem Siegeszug. Schon heute suchen mehr als 40 v. H. der Negerbevölkerung vom Atlantischen Ozean bis zum Tschadsee ihr Heil im Koran. Diesen 40 v. H. Muhammedanern stehen kaum 4 v. H. Christen (von denen ein Viertel Katholiken sind) gegenüber. In Französisch-Westafrika bestehen allein 7 600 Koranschulen (wenn auch zum Teil kleinsten Umfangs) mit rund 60 000 Schülern. An der Goldküste ist die von indischen Muhammedanern unterstützte Ahmediyabewegung besonders rege. In Nigerien sind von 25 Millionen Einwohnern 15 Millionen Muslims. Es ist die Frucht der Bemühungen der Händler, der Haussaneger, während weniger Jahrzehnte. Das alte Aschantereich hatte sich gegen das Eindringen des Islams abgeschlossen, aber durch die Kolonialregierung wurde Freizügigkeit und damit die friedliche Ausbreitung des Islams ermöglicht. Auch zwischen Niger und Gambia nimmt die Anhängerschaft Muhammeds weiter zu.

Das ganze Gebiet Mittelafrikas ist für die Propaganda des Islams in unseren Tagen besonders bedeutsam. Die wirtschaftliche Erschließung in Verbindung mit der großen Zunahme der Verkehrswege und des Verkehrswesens bahnt dem muhammedanischen Händler die Wege.

Im ehemaligen Deutsch-Ostafrika (Tanganyika) hat der Islam ebenfalls große Eroberungen gemacht. Vor dem ersten Weltkriege gab es dort rund 250 000 Muslims, 1924 waren es 1 276 000, 1930 bereits 2 100 000, heute mehr als 3 Millionen Anhänger des Korans. Vor allem der muhammedanische Händler, der für die Seinen Moscheen baut und Koranlehrer kommen läßt, ist hier wieder der Bahnbrecher für die islamische Mission; das beweisen die Moscheen längs der Handelsstraßen zur Genüge. In Ostafrika gibt es außer der Propaganda der Ismaeliten (deren Geldgeber vor allem der Aga Chan ist) und der Ahmediya eine ostafrikanische Missionsgesellschaft, die ganz nach den Methoden der christlichen Mission arbeitet. Der bekannte indische Millionär Aga Chan hat 1932 in Ostafrika eine Aga-Chan-Schule eröffnen lassen, für die er 10 000 englische Pfund stiftete. Seinen Sendboten im Innern zahlt er ein Monatsgehalt von 60 Schilling.

In welchem Tempo die Ausbreitung des Islams in Ost- und Mittelafrika vor sich geht, veranschaulichen folgende Zahlen: in Uganda zählte man 1925: 73 000, 1930: 81 000, 1933: 89 000, jedoch 1940 bereits 720 000 Muhammedaner, im Anglo-Ägyptischen Sudan heute bereits über 5 000 000, in Belgisch-Kongo etwa 2 000 000 und in Französisch-Mittelafrika bald 6 000 000 Anhänger des Propheten. Sogar im weiter südwärts gelegenen Nyassaland besteht schon eine muslimische Gemeinde von 250 000 Gliedern.

Auf Madagaskar mag es heute rund 750 000 Muslims mit rund 75 Moscheen geben. Der Madagasse paßt sich fremden Sitten und Glaubensregeln nur so weit gern an, als sie die einheimischen Sitten und Glaubensregeln nicht erheblich abändern. So konnte der Islam auch dort sich ausbreiten, vermischte sich aber zum Teil mit dem alten Volksglauben; und unausrottbar erhielt sich eine wahre Wahrsagewissenschaft⁸⁾. Nicht gerade werbend für die christ-

Vorderasien - Kerngebiet des Islams

Vorderasien ist das Kerngebiet des Islams. Arabien ist heute zum großen Teil wieder wie zu den Zeiten des Propheten und wie vor bald anderthalb Jahrhunderten bei dem damaligen Siegeszug der Wahhabiten politisch in einer Hand (der des Sohnes von 'Abd al 'Aziz Ibn Sa'ud, 1953 gestorben) zusammengefaßt. Der religiöse Ruf der Wahhabiten zur Rückkehr zum ursprünglichen Islam und zur Abkehr von den späteren Neuerungen und von den Spitzfindigkeiten der muhammedanischen Rechtsgelehrten wirkt erneut über die Kreise ihrer eigenen Anhängerschaft hinaus auf ernste Muslims als eine Mahnung zur Neubesinnung und Einkehr. Auch ist es Ibn Sa'ud gelungen, den islamischen Bruderschaftsgedanken nicht nur für militärische, sondern auch für Siedlungszwecke nutzbar zu machen. So wirkt Sa'udi-Arabien auf die islamische Welt in mancher Hinsicht beispielhaft.

In Palästina führt der Gegensatz gegen die Juden die Muslims und die 3 000 arabischen Christen zusammen. Der Staat Israel beherbergte 1951 bei 1 390 000 Einwohnern 120 000

Muslims, 35 000 Christen und 15 000 Drusen. Die Insel Cypern wies im Jahre 1946 80 458 Bekenner des Islams mit 206 muslimischen Schulen auf. In Syrien und dem Irak hat der Islam praktisch die Alleinherrschaft; daher ist das muslimische Bewußtsein ungeschwächt. Auch in Persien hat durch alle schweren Krisen hindurch der Islam sich zu behaupten gewußt.

Die neue Türkei hat den Islam als politische Größe bewußt ausgeschaltet. Am 9. April 1928 sprach die türkische Republik die endgültige Trennung des Staates vom Islam aus, indem ein Gesetz die Bestimmung der Verfassung über den Islam als Staatsreligion strich. Der Islam ist damit offiziell Privatangelegenheit des Einzelnen geworden. Der Präsident der türkischen Republik leistet den Eid auf die Verfassung nicht mehr im Namen Allāhs, sondern unter Berufung auf seine eigene persönliche Ehre. Dennoch ist der Islam als religiöse Macht ungebrochen. Die Verletzung des religiösen Gefühls wird schwer bestraft. Der Gottlosenpropaganda ist

⁸⁾ Vgl. den Artikel „Madagaskar“ in: Enzyklopädie des Islams.

⁹⁾ Vgl. „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“, 2. Aufl., Bd. I, Spalte 140.

damit keine Betätigungsmöglichkeit gegeben; aber auch Übertritte zum Christentum sind fast unmöglich. Diesem Sachverhalt liegt die weitverbreitete orientalische Anschauung zugrunde, daß Religion und Volkstum identisch seien. Kemäl Pascha erhielt den Titel Ghāzī (Glaubenskämpfer), weil er nach dem ersten Weltkrieg die Türkei und damit, so meinte man, den Islam rettete. So eng ist hierin nationales und islamisches Denken verknüpft. Wer sich vom Islam abwendet, begeht nach der Volksmeinung

nicht allein ein religiöses Verbrechen, sondern auch nationalen Verrat. In der heutigen Türkei erleben wir also keineswegs das Ende des Islams, sondern vielmehr den Anfang einer ganz neuen Daseinsform eines neuzeitlichen, muhammedanischen Staates. An dem türkischen Beispiel wird klar, daß der Islam keineswegs nur dann seine Kraft beweist, wenn er sich mit dem Staate identifizieren kann. Aus der Modernisierung des gesamten Kulturlebens hat jedenfalls der türkische Islam neue Lebenskräfte gewonnen¹⁰⁾.

Indien und Pakistan

Es gibt in Indien und Pakistan mehr Muslims als in der Türkei, Ägypten und Nordafrika zusammen. Wir dürfen allein in Vorderindien wohl bald 100 Millionen Muhammedaner annehmen. Quantitativ und qualitativ ist in unserem Jahrhundert der indische Islam wohl der bedeutendste. Der Zwang zur Auseinandersetzung mit dem Hinduismus und später auch mit dem Christentum und der westlichen Bildung hat die geistigen Kräfte des indischen Islams frisch erhalten und seine Propaganda vor Erstarrung bewahrt. So ist der Islam Indiens heute der fortschrittlichste. Besonders in den beiden letzten Jahrzehnten wurde Indien von einer Unzahl islamischer Prediger und Werber überschwemmt. Ihre Werbetätigkeit richtete sich vor allem an die Kastenlosen und die Angehörigen niederer Kasten, die durch den Anschluß an den Islam gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufstieg erhoffen. Waisenhäuser, Armenapotheken, Volksschulen und besonders Hochschulen für Männer und Frauen stehen im Dienste der islamischen Propaganda. Ein entsprechender Erfolg blieb auch nicht aus; in den letzten 15 Jahren vor dem zweiten Weltkriege strömten volle 15 Millionen Inder dem Islam zu. 1938 z. B. besaß der indische Islam in nicht weniger als 222 Presseorganen, darunter 90 großangelegten Zeitschriften, ausgezeichnete Propagandamittel. Charakteristisch für den indischen Islam ist seine intensive Missionsarbeit mit weltweitem Programm und deutlicher Frontstellung gegen das Christentum. In Indien wurden in den letzten Jahrzehnten allein 7 Missionsgesellschaften gegründet. Der indische Muslim ist wohl der einzige, der sein Augenmerk zielbewußt auf die europäisch-amerikanische Christenheit richtet. Indische Muslims waren es, die in Berlin, London, Australien, Brasilien und Trinidad Moscheen gründeten, die Übersetzungen des Korans mit Auslegungen in Englisch, Deutsch, Holländisch, Afrikaans, Chinesisch und Japanisch bewerkstelligten. Von Indien aus wurden und werden muslimische Missionare nach Europa, Amerika und Afrika gesandt, die bereits eine Reihe bekannter Männer, wie Lord Headley, St. Clair Philby, Sir H. Osman Stewart Rankin u. a., für den Islam gewannen. Der zum Islam übergetretene ungarische Orientalist Julius Germanus wurde auf den islamkundlichen Lehrstuhl der von Rabindranath Tagore gegründeten Universität Santiniketan berufen. Sehr rege in der außerindischen Propaganda sind die Sekten der Ahmedīya und der Ismailīya, wobei der erstern

eine stärkere Annäherung an das Christentum in ihren Lehren zugute kommt¹¹⁾.

Die Insel Ceylon zählt bei etwa 5,5 Millionen Einwohnern etwa 350 000 Muhammedaner, während der Malaiensstaat einbünd bei rund 4,5 Millionen Einwohnern 2,4 Millionen Anhänger des Islams besitzt.

Die Vereinigten Staaten von Indonesien haben eine Gesamtbevölkerung von über 73 Millionen, von denen etwa 66 Millionen Muslims sind. Die Islamisierung Indonesiens ist das Werk über Indien gekommener Araber und indisch-muslimischer Händler, zum Teil auch muhammedanischer Chinesen. In Ostsumatra findet man häufig Chinesen, die um ihrer muhammedanischen eingeborenen Frauen willen Muslims wurden. Es gibt auch in Indonesien regelrechte muhammedanische Missionsgesellschaften. So wird z. B. Südborneo bearbeitet von der „Muhammedīya“, die in Java ihren Sitz und beson-

ders die Schulung muhammedanischer Kinder zum Ziel hat. Die erste muhammedanische Missionsschule wurde 1933 in Tumbang Sanamang mit zwei javanischen Lehrern und 70 Schülern eröffnet, eine zweite in Samba Kalagan mit 50 Schülern. Diese jungmuhammedanische Bewegung ist ausgesprochen modern und fortschrittlich gesinnt; literarisch ist sie sehr regsam. Neben dem Monatsblatt „Die Botschaft des Islams“ verbreitet sie in ihren Buchläden eine Koran-Ausgabe mit Auslegung, die trotz ihrer 30 Bände bereits in mehreren Auflagen erschienen ist, ferner Predigtbände, gute Schallplatten, Gebetbücher, idealisierte Lebensbeschreibungen des Propheten, aber auch antichristliche Propagandaliteratur und politisches Schrifttum. Auch um die Frauen ist die Muhammedīya sehr bemüht. In besonderen Frauenversammlungen sprechen weibliche Koran-Ausleger; Lehrerinnen unterrichten Mädchen in ihren Häusern. Gegen die zahlreichen muhammedanischen Privatschulen können die christlichen Schulen der etwa 1 Million zählenden Christen nicht aufkommen. In dem von der Muhammedīya herausgegebenen Frauenblatt „Die Stimme der Aischa“ werden Ehe- und Erziehungsfragen besprochen. Eindringlich wird die Teilnahme der Frauen am Gottesdienst gefordert. Natürlich sind die altgläubigen Kreise nicht mit allem einverstanden, was die Muhammedīya tut; jedoch kann diese den Erfolg ihrer Propaganda als positives Argument aufweisen¹²⁾.

Auch auf dem Südteil der Philippinen hat der Islam weiter um sich gegriffen.

Chinesische Muslims sind Antikommunisten

Die Zahl der Anhänger des Propheten in China ist umstritten; die Schätzungen schwanken zwischen 15 bis 30 Millionen. Die heutigen chinesischen Muslims wohnen besonders in Kansu, Szetschwan, Sinkiang, Schensi, Yünnan und Tschili. Bekehrungen zum Islam kamen bis in die letzte Zeit häufig vor, auch unter Soldaten unter dem Einfluß muslimischer Offiziere. Reiche muslimische Chinesen kauften auch wohl Armen oder Witwen ihre Kinder ab und ließen sie Muslims werden. 30. v. H. Neugewonnene stammen aus Mischehen mit Nichtmuhammedanern; der Mann muß dann den Islam annehmen. Die chinesischen Muhammedaner besitzen eine eigene Literatur, in der sie sich polemisch gegen den Buddhismus und das Christentum wenden. Die Ausbildung von muhammedanischen Missionaren für China wird planmäßig betrieben. 1925 war bereits in Shanghai eine internationale muslimische Vereinigung mit ausgesprochenen Propagandazwecken ins Leben gerufen worden. Von Peking aus überzog eine allgemeine islamische Bewegung mit etwa 3 000 Zweigstellen das Land und suchte mit allen Mitteln moderner Propaganda (wie Presse, Reklame aller Art, Radio) die Chinesen für den Islam zu gewinnen. Der 1929 in China gegründete „Bund zur Ver-

breitung des Islams“ betrieb daneben aber auch den Bau einer muhammedanischen Universität und die Gründung von Schulen aller Gattungen. So zählte man dort vor dem Kriege 116 muslimische Volksschulen, 62 Mittelschulen und 8 höhere Schulen. Die muhammedanische Mission in China kann als Erfolg buchen, daß heute nicht nur in den Stammprovinzen des Islams, in Kansu und Yünnan, Muhammedaner (zum Teil in geschlossenen Siedlungen) zu finden sind, sondern überhaupt im ganzen Gebiet des Hoangho, am mittleren und unteren Yangtsekiang, in den Städten Nanking, Kanton und Shanghai. Ein paar Jahre lang führte der muhammedanische General Ma als Oberkommandierender der chinesischen Tungusen und Türken einen blutigen Krieg gegen die frühere chinesische Zentralregierung in Nanking, um ein selbständiges muhammedanisches Reich zu errichten. Diese autonome Republik Ost-Turkestan wurde aber wieder von den dem Befehl Nankings unterstehenden Truppen niedergezwungen. Einige Jahre vor dem zweiten Weltkriege brach dort abermals ein Aufstand bewaffneter Muhammedaner aus, der sich diesmal hauptsächlich gegen den sowjetrussischen Einfluß richtete. Die chinesischen Muslims sind wegen ihrer antikommunistischen Einstellung bekannt.

In der Mandschurei gründeten einige

10) Vgl. u. a. Simon, S. 71–89; zur neuesten Entwicklung vgl. Gotthard Jäschke: Der Islam in der neuen Türkei (Leiden 1951).

11) Vgl. auch Wilhelmy, S. 535 ff.

12) Vgl. auch Lommel, S. 574 ff.; Wilhelmy, S. 538 ff.

Jahre vor dem zweiten Weltkriege etwa 600 Muhammedaner eine Vereinigung von Muslims mit dem Zwecke der Missionierung. Sie gehören den verschiedensten Völkern an. Der Mittelpunkt ihrer Vereinigung war in Tokio.

In den beiden letzten Jahrzehnten entfalteten die Anhänger Muhammeds auch in Japan eine besonders rege Tätigkeit. Aus dem russischen Turkestan stammt der Mann, der die Islambewegung in Japan erweckte, Muhammed Abdul-Hai, der nach dem Ausbruch der bolschewistischen Revolution Schutz bei Japan suchte und fand. Er hat in Japan eine islamische Vereinigung ins Leben gerufen und den Koran ins Japanische übersetzen lassen. Durch großzügige missionarische Werbung, die von der „Muhammedanischen Vereinigung zum Studium der islamischen Kultur“ ausgeht, soll die Zahl der 200 000 Anhänger des Propheten vermehrt werden. Diese Vereinigung hat in wenigen Jahren schon beachtenswerte Erfolge erzielt, wozu u. a. die staatliche Anerkennung des Islams als Religion gehört. Dem Bau der ersten Moschee in Japan im Jahre 1934 ist bald, und zwar zum Teil mit Un-

terstützung der Regierung, der Bau weiterer gefolgt. 1938 waren anlässlich der Einweihung einer Moschee in Tokio Vertreter der Regierungen von Irak, Sa'ūdi-Arabien, Yemen, Ägypten und Iran anwesend. 1935 wurde in Tokio ein Seminar errichtet, von dem aus muslimisches Schrifttum im ganzen Lande verbreitet wird. Um daneben den Japanern Gelegenheit zu geben, die muhammedanischen Lehren — die nach einem Ausspruch des japanischen Philosophen Ohara „die beste Religion für das japanische Volk“ bilden — kennenzulernen, entstanden Koranschulen und wissenschaftliche Institute, an denen von der islamischen Universität in Kairo ausgesandte, hervorragende Lehrer kostenlosen Unterricht in der islamischen Glaubenslehre erteilen und japanische Studenten zu Führern des Islams erziehen. An japanischen Universitäten wurden außer Lehrstühlen für muhammedanische Religionswissenschaft und muhammedanisches Recht auch solche für Arabisch, Persisch oder Türkisch errichtet. Viele Japaner beherrschen heute diese Sprachen, so daß ein enger geistiger Kontakt mit dem islamischen Orient entstand¹³⁾.

islamischen Kreisen aufgezogenes Islam-Institut. Ein Zeichen für das weltweite Missionsbewußtsein unter den Muhammedanern ist es, daß z. B. 1924 „87 muslimische Damen aus Lagos“ (Nigeria, Westafrika) für eine neue Moschee in Berlin Spenden beibrachten. Neben den Gemeinden der Ahmediya besteht neuerdings in Deutschland auch eine „Moslem-Bruderschaft“ von 1500 Mitgliedern unter der Leitung von M. A. Hobohm mit dem Sitz in Berlin. Erstere hat 1953 eine islamischerseits als authentisch bezeichnete deutsche Koranübersetzung mit arabischem Begleittext herausgebracht.

Litauen hatte vor dem zweiten Weltkriege 3000 Muhammedaner, während in Finnland 1000 Muslims lebten; auch in Schweden gibt es schon Bekenner des Islams.

Polen besaß 13 000 Anhänger des Propheten (meist Nachkommen von im 14. Jahrhundert um Wilna angesiedelten Tataren). König Fu'ād I. von Ägypten spendete für sie namhafte Summen; auch die in Amerika lebenden polnischen Auswanderer muhammedanischen Glaubens zahlten Unterstützungsgelder. 1938 fand in Wilna ein allpolnischer muhammedanischer Kongreß statt. In Warschau sollte eine Moschee errichtet werden.

Auch in Ungarn war der Bau einer Moschee in Budapest für die in Ungarn lebenden 3500 Muslims geplant.

In Albanien bildeten vor dem zweiten Weltkrieg die fast 600 000 Muhammedaner 60 v. H. der Bevölkerung, während in Griechenland etwa 200 000 Muslims lebten.

Die Zahl der Muhammedaner Jugoslawiens betrug damals etwa 1 350 000.

In Bulgarien, das 700 000 Bekenner des Islams hatte, entsandte vor 1945 der muhammedanische Volksteil 10 Deputierte in das bulgarische Parlament, unterhielt 20 Schulen und gab mehrere Zeitungen und Zeitschriften in türkischer Sprache heraus.

Auch in Rumänien besaß die zumeist in der Dobrudscha lebende islamische Minderheit von 300 000 Seelen Elementarschulen und einige gehobene Schulen. Sie gab drei Tageszeitungen heraus und hatte Vertreter im Parlament, in der Armee und an hohen Regierungsstellen.

Anhänger in Europa und Amerika

Der Islam beschränkt sich heute mit seiner Propaganda nicht nur auf Afrika, den Orient und Ozeanien. Er greift seit dem ersten Weltkriege auch nach Europa und Amerika hinüber. Neben den zersprengten Resten, die von seinen Eroberungen in Europa herrühren, treten heute organisierte Gemeinden von Europäern in Gebieten auf, in denen er früher niemals heimisch war. In ganz Europa zählte man vor dem Kriege etwa 15 Millionen Bekenner des Islams.

Beachtenswerte Erfolge hat der Islam in England aufzuweisen. Der 1928 zum Islam übergetretene Baron Sir Osman Stewart Rankin, welcher 1938 Nachfolger Lord Headleys in der Präsidentschaft der Britischen Muhammedanergemeinde in London wurde und einer Familie entstammt, die seit Generationen Würdenträger der „Church of England“ stellt, gab bereits vor dem ersten Weltkrieg die Zahl der englischen Muhammedaner mit rund 5000 an. (Neuere Angaben sprechen von rund 7000.) Das Vereinigte Königreich Großbritannien zählt mehr als 30 000 Bekenner des Islams. In der Umgebung von London bestehen zwei Moscheen — eine in Woking/Surrey, die andere in Kensington. 1940 beantragte die englische Regierung beim Parlament 100 000 Pfund für den Bau einer Moschee im Zentrum Londons; zugleich sollte ein kultureller Mittelpunkt des Islams gebaut werden. Zeitweise traten in England jede Woche 7—8 Personen zum Glauben Muhammeds über. Die muhammedanische Arbeit in England wird finanziell besonders von Indien her unterstützt. So hatte der Nisām von Haiderābād eine bedeutende Summe zum Bau einer großen Moschee zur Verfügung gestellt.

Von den etwa 140 000 Muslims in Frankreich sind die meisten nordafrikanische Arbeiter. In der Pariser Stadtregion leben allein 60 000 Muhammedaner. Die Muslime in Frankreich verfügen über eine Moschee in Metz und eine in Paris, deren Errichtung von der franzö-

sischen Regierung veranlaßt wurde, ferner über ein Institut, an dem Kurse über den Islam gegeben werden, sowie ein muhammedanisches Krankenhaus.

Das Spanien Francos sucht sich die Freundschaft mit dem Islam zu erhalten. So errichtete General Franco in Córdoba ein Arabisches Institut für die muhammedanischen Marokkaner.

Selbst in Italien hat der Islam Erfolge zu buchen. Der Professor an der Universität Rom und Präsident des Orientalischen Instituts von Neapel, Conte Barbiellini Amedei, vollzog 1935 seinen Übertritt zum Islam. In Rom besteht ebenfalls eine Zweigstelle der Ahmediya-Bewegung.

In Holland (Den Haag), der Schweiz (Zürich) und Deutschland (Zentrale: Hamburg) ist vor allem die Ahmediya-Bewegung rege tätig. Ihre Monatszeitschrift (hektographiert) in deutscher Sprache ist „Der Islam“. Sie besitzt mehrere deutsche Gemeinden. In und bei Berlin bestanden zwei Moscheen und ein von

30 Millionen Muhammedaner unter sowjetischer Herrschaft

Die Sowjetunion beherrscht etwa 30 Millionen Muhammedaner. Seit der Verkündung des religiösen Toleranzediktes vom Jahre 1905 nahm die Zahl der Übertritte zum Islam in Rußland ständig zu. In nicht geringem Maße ist seit der bolschewistischen Revolution bei den Fremdvölkern Ostrußlands und Sibiriens an die Stelle der orthodoxen Kirche der Islam getreten. Das bolschewistische Regime faßte die Bekenner des Islams zunächst bedeutend behutsamer an als die des Christentums; aber hierin hat sich längst

ein Wandel vollzogen. Der Islam ist dem Bolschewismus gegenüber viel widerstandsfähiger als die alte russische Staatskirche geblieben. Seine geringe Organisation, seine Gemeindeverfassung (wo immer drei Männer beisammen sind und das vorschriftsmäßige Bekenntnis ablegen, daß kein Gott außer Allah und daß Muhammed sein Prophet ist, ist eine Gemeinde) lassen sich viel schwerer zerstören als eine hierarchisch aufgebaute, behördenartig organisierte Kirche. In den Islam flüchtet sich gerade bei diesen Völkern der seelische Widerstand gegen die Bolschewisierung.

13) Vgl. Simon, S. 319.

Die russische Revolution 1917 wurde von den im Zarenreich bedrückten nichtrussischen islamischen Volksstämmen begeistert begrüßt, da sie ihnen endlich die Möglichkeit zu bieten schien, ihr Leben nach eigenen Grundsätzen gestalten zu können. Seit etwa 1930 führte die Moskauer Regierung jedoch einen immer schärfer werdenden Kampf um die Durchsetzung der russischen Sprache auch im Gebiete der islamischen Turkvölker in Verbindung mit einem Kampf gegen die Religion. Besonders scharf wurde die Jugend unter Druck gesetzt. Jede öffentliche religiöse Betätigung wurde unterbunden, zahlreiche Moscheen wurden geschlossen, oft auch niedergerissen. Dennoch ließen viele Eltern ihre Kinder weiterhin beschneiden; zu Beerdigungen wurden alte Leute herbeigeholt, die die vorgeschriebenen Riten kennen¹⁴⁾. Der Krieg mit Deutschland veranlaßte die Sowjetregierung zu einer Milderung ihrer Religionspolitik auch gegenüber dem Islam; jedoch änderte sich diese taktische Haltung bald wieder. Im bolschewistischen Sinne unzuverlässige Bevölkerungsteile, wie die Karatschaier und Tschetschenen in Nordkaukasien und die Krimtataren, wurden zwangsweise umgesiedelt. Die Reste der Krimtataren wurden 1944/45 in die Gegend zwischen Wilna und Grodno verpflanzt, wo noch Teile der zu Ende des 14. Jahrhunderts eingewanderten „Litauischen Tataren“ saßen¹⁵⁾. Seit 1947 lebte in der Sowjetunion der Kampf gegen die Religion wieder allmählich auf¹⁶⁾. Ende 1949 wurde im Moskauer Sender herausgestellt, daß der Koran die Ausbeutung der Menschen rechtfertige, der Islam der zwischenstaatlichen Verbundenheit der Arbeiterklasse hinderlich sei und die „Ideen des Propheten“ eine „Rechtfertigung der Reaktion“ seien¹⁷⁾.

Die alte nationale Überlieferung in Verbindung mit dem Islam erhält selbst heute noch auch unter der Jugend den Gegensatz zum Russentum und zum großen Teil auch gegen die Gottlosenpropaganda aufrecht; auch steht das natürliche Wachstum der islamischen Turkvölker dem der Russen nicht nach¹⁸⁾. Die gemel-

deten Fälle von „Abtrünnigkeit“ unter den christlichen kaukasischen Osseten¹⁹⁾ sind höchstwahrscheinlich zugunsten des Islams erfolgt²⁰⁾, während umgekehrt nur einige ganz vereinzelte, wohl schon vorher ihrer angestammten Religion entfremdete Personen vom Islam zum orthodoxen Christentum übertraten.

In den Vereinigten Staaten von Nordamerika mögen ungefähr 30 000 Muhammedaner leben. Auch hier ist vor allem die Ahmedīya werbend tätig. Es finden laufend einzelne Übertritte zum Islam statt. Kürzlich traten in Chicago ein christlicher Geistlicher und sechs seiner Gemeindemitglieder geschlossen zum Islam über. Vom 30. bis 31. Mai 1953 fand mit etwa 250 Teilnehmern die 6. jährliche Zusammenkunft der Delegierten der Ahmedīya-Mission des Islams in den USA in Chicago statt. Sie vertraten die Ahmedīya-Gemeinden folgender Städte: Chicago, Boston, New York, Camden, Baltimore, Washington, Pittsburgh, Youngstown, Cleveland, Detroit, Cincinnati, Dayton, Indianapolis, Milwaukee, St. Louis und Kansas City. Waren alle bisherigen Moscheen in den USA zu Moscheen umgebaute Häuser, so wird jetzt

in Dayton eine regelrechte Moschee von Grund auf errichtet. Die Ahmedīya hat eine eigene Jugendorganisation „Chuddām al-Ahmadīja“ und eine Frauenorganisation „Ladschna“. Folgender Werbeplan wurde beschlossen: Das Werk „Die Lehren des Islams“ soll in 200 öffentliche Bibliotheken gebracht werden, ebenso die Zeitschrift „The Muslim Sunrise“. Bestehende Gemeinden sollen gemeinsam an Orten ohne Muslim-Gemeinden Werbeversammlungen durchführen. Jedes Mitglied der Jugendorganisation soll monatlich einen halben Tag dem Predigtwesen widmen. Jede Frauenorganisationsgruppe soll jährlich zwei Veranstaltungen (wie z. B. Ausstellung von Handarbeiten usw.) zu Werbezwecken durchführen. Jede Gemeinde soll zweimal im Jahr besondere Werbeschriften an Interessenten schicken²¹⁾. — Bereits vor dem ersten Weltkriege strahlte die islamische Propaganda sogar nach Mittel- und Südamerika aus. In Trinidad und Jamaika bestehen starke muslimische Kolonien. Im ganzen lebten im amerikanischen Erdteil vor dem letzten Weltkriege über 120 000 Muhammedaner, heute mögen es vielleicht 150 000 oder mehr sein.

Die Ahmedīya

Außer dem im Verlaufe meiner Darlegungen über Organisation und Morphologie der heutigen islamischen Missionstätigkeit bereits hier und da Gesagten sei noch etwas ausführlicher auf die Ahmedīya eingegangen. Die Ahmedīya wurde von Hazrat Mīrzā Ghulām Ahmad, der u. a. Timur, Akbar, Dschehangir und Aurangzeb zu seinen Ahnen zählt, gegen Ende des vorigen Jahrhunderts gegründet und verkündet einen dem Christentum angenäherten, friedfertigen und den Problemen der Gegenwart aufgeschlossenen islamischen Glauben. Die Zentren der Ahmedīya-Bewegung befinden sich in Qadia (Indien) und Rabwah (Pakistan). Vom gegenwärtigen Oberhaupt der Ahmedīya-Bewegung wurde 1934 ein „Neuer Plan“ zur Verstärkung der Missionstätigkeit ins Leben gerufen, nach welchem die Gemeinden aufgerufen werden, freiwillig weitere zusätzliche Beiträge

zu den obligatorischen Abgaben für die Zwecke des Islams von $\frac{1}{16}$ bis $\frac{1}{3}$ ihres Einkommens zu zahlen. Die ursprünglich auf drei Jahre befristete Gültigkeit dieses Planes ist seither immer wieder verlängert worden. Nach einer Veröffentlichung²²⁾ dieser Gemeinschaft aus dem Jahre 1952 sieht die Organisation der Ahmedīya folgendermaßen aus:

Neben den bereits oben erwähnten Propagandazentren in den USA bestehen u. a. noch folgende bedeutendere Missionssitze: London, Glasgow, Madrid, Zürich, Hamburg, Den Haag, Lagos (Nigerien), Kumasi (Goldküste), Sierra Leone, Nairobi (Kenya), Haifa (Israel), Damaskus (Syrien), Mauritius, Negombo (Ceylon), Singapur, Padang (Sumatra, Indonesien), Djakarta (Java, Indonesien), Jesselton (Britisch-Nordborneo).

Koranreligion ist Weltreligion

Um die dargelegten Erfolge des Islams verstehen zu können, müssen noch die Gründe aufgezeigt werden, die den Islam den umworbenen Völkern und Menschen so empfehlenswert erscheinen lassen.

Im Vordergrund der theologischen Diskussion mit dem Christentum standen seit je der Gottesbegriff und die christologische Frage. Das Bekenntnis des Korans (Sure 112): „Er ist der eine Gott, er hat nicht gezeugt und wurde nicht gezeugt“, enthält eine deutliche Ablehnung des Glaubens der Christen an Jesus, den Sohn Gottes. Im christlichen Trinitätsdogma sieht der Islam einen Rückfall in die

Vielgötterei. Dieser absolute Monotheismus des Islams erscheint gar manchem Umworbenen als ein Fortschritt gegenüber dem Christentum. Ohne den Offenbarungscharakter des Christentums zu bestreiten, beruft sich der Islam darauf, in der Reihe der göttlichen Offenbarungen die zeitlich letzte zu sein und damit alle früheren zu übertreffen. Außerdem ist Koranreligion bewußt Weltreligion; die Suren des Korans beweisen es (Sure 38, 87: „Der Koran ist wahrlich eine Mahnung für alle Welt“; vgl. auch 34, 27). Besonders eindrucksvoll beim Islam ist auch

21) Der Islam (Ahmedīya) (Juli 1953) S. 5.

22) Abdul Latif, Der verheißene Messias (Hamburg 1952) S. 19 u. 20.

Die vielen benutzten Einzelmeldungen und -darstellungen der Missionspresse sind hier nicht aufgeführt. (Vgl. hierfür vor allem das Schrifttumsverzeichnis in dem erwähnten Werk von Gottfried Simon.)

19) Ökumenischer Pressedienst, Genf (v. 28. 3. 1947) S. 3 f.

20) Vgl. Spuler, Die Lage der Muslime, S. 296.

14) Vgl. Spuler, Die Wolga-Tataren, S. 269.

15) Ebd. S. 298.

16) Die von der Ahmedīya-Mission des Islams herausgebrachte Monatsschrift „Der Islam“ (nicht zu verwechseln mit der von Strothman und Spuler bei De Gruyter, Berlin, herausgegebenen wissenschaftlichen Zeitschrift gleichen Namens) von Dezember 1952 bringt auf Seite 6 u. a. folgende Mitteilung unter der Überschrift „Religiöse Verfolgung in Turkestan“: „Die 25 Millionen zählenden Muslims in Turkestan sind seit 34 Jahren dem imperialistischen Terror der Bolschewiken ausgesetzt . . . Die islamische Religion wird zur Zielscheibe der stärksten anti-religiösen Propaganda gemacht. Die Moscheen sind gesperrt oder zerstört worden, und jede Art religiöser Tätigkeit ist untersagt. Um der Propaganda willen und um der muslimischen Welt den Anschein der ‚religiösen Freiheit‘ vorzutauschen, sind ein ‚Roter Mufti‘ proklamiert und eine beschränkte Anzahl von ‚Staatsmoscheen‘ eröffnet worden. Die Betenden sind bei der von der kommunistischen Partei unterstützten ‚Organisation der Gottlosen‘ eingetragen worden, und später werden sie in Straflager geschickt oder deportiert. Jede Form von Religionsunterricht ist den Schulen verboten. Die russische Schrift ersetzt nunmehr die arabische. Während ihrer Schreckensherrschaft haben die russischen Imperialisten über 5 000 000 Turkestaner als ‚Volksfeinde‘ ermordet.“

17) Vgl. Spuler, Die Lage der Muslime, S. 300.

18) Vgl. Spuler, Die Wolga-Tataren, S. 191.

das gewaltige Einheitsbewußtsein und das umfassende Gemeinschaftsgefühl der einen brüderlichen Gemeinschaft aller Gläubigen der ganzen Erde. Dazu propagiert er sich als Überwinder der Rassegegensätze infolge des alle Gläubigen umfassenden Bruderschaftsgefühls.

Hinzu tritt die gewichtige politische Tatsache, daß der Islam in der Gestalt seiner Verbreitung heute zum großen Teil die Religion der dem europäischen Imperialismus unterworfenen Völker ist und daher den Eingeborenen als politisch unverdächtig, ja vielmehr als der religiöse Weg zur politischen Freiheit erscheint. Außerdem sucht er selber zum Teil bewußt politisch unter seiner Fahne die farbigen Völker zur Abschüttelung des westlichen Imperialismus zu sammeln.

In diesem Zusammenhange ist die historische Erinnerung an die Kreuzzüge von Bedeutung. Die Kreuzzüge spielen noch heute im missionarischen Gespräch mit den Muhammedanern eine verhängnisvolle Rolle. In ihnen sieht man den handgreiflichen Beweis dafür, daß es der Christenheit nur darum zu tun sei, den Islam mit Gewalt niederzuhalten. Die modernen imperialistischen Bestrebungen der Großmächte den islamischen Staaten gegenüber, sagt man, seien nichts anderes als eine Fortsetzung der mittelalterlichen Kreuzzugspolitik mit anderen Mitteln.

Der Islam tritt mit dem Anspruch auf, Träger einer höheren Kultur zu sein, ohne die Sprengwirkung der westlichen Zivilisation auf die Väterstunde der außereuropäischen Völker auszuüben. Er hat unter den Völkern Afrikas und Asiens so große Erfolge, weil seine soziologischen Grundsätze und die islamische Moral den Bedürfnissen dieser Völker eher zu entsprechen scheinen als die Forderungen eines europäischen Christentums. Auch ist die muhammedanische Mission im allgemeinen toleranter als die christliche und ihr Vorgehen meist organischer als das von dieser geübte. Sie läßt den Eingeborenen neben ihren Lebensgewohnheiten viel von ihren eigentümlichen Vorstellungen und Gebräuchen; sie verlangt von ihnen im wesentlichen nur die Zustimmung zu dem Grundbekenntnis des Islams, daß kein Gott außer Allah

und daß Muhammed sein Prophet sei, sowie die Erfüllung der fünf Grundpflichten, soweit man irgendwie dazu in der Lage ist. Zudem arbeitet die islamische Propaganda verhältnismäßig wenig aufdringlich und dennoch intensiv. Wandernde Koranlehrer, muhammedanische Beamte und Soldaten der Kolonialregierungen sowie Händler betreiben, ohne viel Aufhebens davon zu machen, als selbstverständliche religiöse Pflicht unermüdliche Propaganda für ihre Religion.

Was dem Islam heute die Massen zuführt, ist vor allem auch das Verlangen nach sozialem Aufstieg. Man sehnt sich nach höherer Bildung, nach Verbesserung der wirtschaftlichen Lage. „Die Erwartung, durch den Übertritt zu einer geachteten Lebensstellung zu kommen, spricht bei den Massenübertritten in Afrika und den beiden Indien ein erhebliches Wort mit“²³⁾. Die zunehmende Berührung mit der weiten Welt, das steigende Kennenlernen der zivilisatorischen Fortschritte anderer Völker der Erde erweckt den Trieb, auch selber voranzukommen, ohne jedoch politisch und wirtschaftlich in Abhängigkeit zu geraten. Dieses Streben, bei allem Fortschrittshunger von der Unterwerfung unter einen Kolonialimperialismus frei zu sein, läßt den Islam als den idealen Mittler im Gegensatz zu dem christlichen Abendland erscheinen, dessen Völker ja koloniale Bestrebungen zu verwirklichen trachteten. Vor dem islamischen religiösen Gesetz sind alle gleich, während der Hinduismus vom Kastengeist nicht loskommt und daher heute aus sozialen Gründen missionarisch ungeeignet ist.

Ergänzt wird der Erfolg des Ausbreitungswillens des Islams durch die überlegene Geburtenziffer der islamischen Völker Asiens und Afrikas. Die Schnelligkeit, mit der sich diese vermehren, steht in einem beachtlichen Gegensatz zu der im allgemeinen geringeren Fruchtbarkeit der christlichen Völker des Abendlandes oder der Hindus. So erleben wir auch in dieser Beziehung, daß der Islam alles andere als eine sterbende oder stagnierende Religion ist.

23) Simon, S. 323.

SCHRIFTTUMSVERZEICHNIS

- Brockelmann, Carl, Geschichte der islamischen Völker und Staaten (München und Berlin 1939).
- Corsepius, G. G., Der Islam im Angriff (Potsdam 1938).
- Enzyklopädie des Islams, hrsg. von M. Th. Houtsma u. a., I–IV (Leiden und Leipzig 1913–1936; Neuauflage seit 1954).
- Filchner, Wilhelm, Hui-Hui. Asiens Islamkämpfe (Berlin 1928).
- Hassan, Abid, Der Islam in Indien. Indien im Welt-Islam (Heidelberg, Berlin, Magdeburg 1942).
- Helbig, Karl, Indonesien (Stuttgart 1949).
- Lommel, Andreas, Die soziale und politische Umwälzung in Südostasien, in: Saeculum 1 (1950) S. 555–581.
- Reusch, R., Der Islam in Ostafrika (Leipzig 1927).
- Richter, Julius, Mission und Evangelisation im Orient, 2. Aufl. (Gütersloh 1930).
- Schmitz, Paul, All-Islam! Weltmacht von morgen? 2. Aufl. (Leipzig 1942).
- Simon, Gottfried, Die Welt des Islams und ihre Berührungen mit der Christenheit (Gütersloh 1948).
- Spuler, Bertold, Die Wolga-Tataren und Baschkiren unter russischer Herrschaft, in: Der Islam 29 (1949) S. 142–216.
- , Die Lage der Muslime in Rußland seit 1942, in: Der Islam 29 (1950) S. 296–300.
- Taeschner, Franz, Geschichte der arabischen Welt (Heidelberg, Berlin, Magdeburg 1944).
- Wilhelmy, Herbert, Die staatliche Neugestaltung der islamischen Welt. Pakistan, Indonesien, Sennussi-Staat; in: Saeculum 1 (1950) S. 535–553.

Anmerkung:

Prof. Dr. Ernst Fraenkel, Lehrer der Wissenschaft von der Politik an der Freien Universität und der Deutschen Hochschule für Politik, Berlin.

Die Ausbreitung des Islams in der Welt



Nachforderungen der Beilagen „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind an die Bundeszentrale für Heimatdienst zu richten. — Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung „Das Parlament“ zum Preise von DM 1,19 monatlich bei Postzustellung einschl. Beilage nur an die Vertriebsabteilung Hamburg 36, Gänsemarkt 21/23

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Helmut Gollwitzer: „Einheit und Reformation der Kirche“
- Roland Klaus: „Nicht gestern, Freund, morgen!“
- Theodor Litt: „Das Bildungsideal der deutschen Klassik
und die moderne Arbeitswelt“
- Harold Nicolson: „Ursprung und Entwicklung
der englisch-französischen
Entente“
- Thomas Sartory: „Göttliches und Menschliches
in der Kirche“
- Wilhelm Starlinger: „Grenzen der Sowjetmacht“
- Kurt Sendtner: „Die militärische
Widerstandsbewegung
vom Ausbruch des 2. Weltkrieges
bis zum Beginn des Westfeldzuges“
- Adelbert Weinstein: „Die Verteidigung ist unteilbar“
- Eberhard Zeller: „Einzig um Deutschlands willen“
- Aus den Akten des 20. Juli
2. Fortsetzung: „Originalakten zum Ablauf
des 20. Juli“
- ... „Urkunden zur Judenpolitik
des Dritten Reiches“
-
-